

Bezugspreis:

Für den Monat Juni 2100 M. ...

Telegraphische Adressen: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts Berliner Volksblatt

Anzeigenpreis: Die einpaltige Kontraktzeile ...

Anzeigen für die nächste Nummer ...

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 22. Juni 1923

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Das Brotversorgungsgesetz.

Der Reichstag hat am Mittwoch das Gesetz über die Sicherung der Brotversorgung im kommenden Wirtschaftsjahr verabschiedet.

Ursprünglich war beabsichtigt, die Brotversorgung durch die Aufbringung einer Reserve bis zu 3 1/2 Millionen Tonnen zu sichern.

Der zweite Teil des Gesetzes regelt die Aufbringung der Mittel zur Verbilligung des Brotes für die Bedürftigen.

werden, müssen durch Belastung des Besitzes aufgebracht werden.

Zu dem Prinzip der Besitzbelastung hatten sich die bürgerlichen Parteien bereits verpflichtet.

Von dem Vermögen, die der Zwangsanleihe unterliegen, wird als einmalige Abgabe das Sechsfache der Zwangsanleihe erhoben.

Zum erstenmal ist also eine Reichsteuer werbeständig gemacht worden.

Die Sozialdemokratie hatte zwar ursprünglich die zehnfache Zwangsanleihe verlangt.

Deutsche und die Bayerische Volkspartei und die Demokraten wollten das Dreifache und außerdem den Gesamtbetrag auf 1200 Milliarden begrenzen.

Es ist deshalb ein Schlag gegen die Arbeiterklasse, wenn die Kommunisten die Haltung der Sozialdemokratie wie üblich als Verrat bekämpfen.

Auf dem Wege zum neuen Lohn.

Die Beschlüsse des IFA-Bundes.

Der IFA-Bund hat gestern abend seine Beratungen, die in Verbindung mit den anderen freigewerkschaftlichen Spitzenverbänden und mit Sachverständigen geführt worden sind, zum Abschluß gebracht.

Der Beschluß hat die Flucht aus der Papiermark vollzogen. Die einseitige Goldrechnung hat zur Stärkung des Sachwertes auf Kosten der auf Papiermark-Einkommen gestellten Volksschichten geführt.

Dieser Zustand wurde verschärft durch eine völlig verfehlte Finanz- und Währungspolitik, welche nicht nur die Deckung von Reichs- und Staatsausgaben durch fortschreitende Entwertung aller Befehls- und Empfänger von Papiermark vollzog.

Der IFA-Ausschuß begrüßt es deshalb, daß der Vorstand des IFA-Bundes die Initiative ergriffen hat, um durch eine Neugestaltung der gewerkschaftlichen Lohnpolitik wieder eine feste Grundlage für die Entlohnung des Reallohns aller arbeitenden Volksschichten zu schaffen.

Hierfür stellt der IFA-Bund folgende Richtlinien auf:

- 1. Ausgangspunkt der Lohnfestsetzung. Als erster Schritt ist das weitere Sinken des Reallohns durch Geldentwertung zu verhindern. Hierzu wird empfohlen: Ausgangspunkt aller Lohnverhandlungen ist vorerst der tariflich festgesetzte Lohn. ...

gleichen. Diese Zuschläge haben nach einem der Geldentwertung entsprechenden Index zu erfolgen.

b) Der Lebenshaltungsindez (im wesentlichen auf den Kleinhandelspreisen aufgebaut) bleibt bei schneller Veränderung der Baluta hinter den tatsächlichen Lebenshaltungskosten leicht zurück.

c) Der Lebenshaltungsindez des statistischen Reichsamts ist in seiner gegenwärtigen Gestalt nicht brauchbar, weil er sowohl in Warenarten und -mengen der notwendigen Lebenshaltung nicht entspricht wie auch viel zu langsam zusammengestellt und veröffentlicht wird.

Der IFA-Bund fordert deshalb von der Reichsregierung die unverzügliche Abänderung des Index in der Weise, daß seine Gestaltung den wirklichen Lebensverhältnissen des Arbeitnehmers einschließlich eines gewissen kulturellen Mindestbedarfs entspricht.

3. Schutz vor Entwertung zwischen den Gehaltszahlungsfristen.

Die frühere und teilweise noch jetzt übliche, Gehaltszahlung für längere Frist entspricht nicht den heutigen Geldwertschwankungen, vielmehr ist zur Wertbeständigkeitserhaltung notwendig:

- a) Verkürzung der Gehaltszahlungsfristen allermindestens auf vierzehn Tage. b) Für größere Anschaffungen (Kleidung, Hausrat, Brennstoff usw.) bedeutet Rücklage von Lohnanteilen in Papiermark heute fast regelmäßig Verlust und schließlich Unmöglichkeit der Anschaffung.

4. Art des Vorgehens.

Der IFA-Bund hält es für dringend notwendig, daß zunächst alle Tarifverträge auf der Grundlage der Wertbeständigkeitserhaltung der vereinbarten Lohnhöhe von vornherein abgeschlossen werden.

Der IFA-Bund erwartet weiter von den zuständigen Reichs- und Länderbehörden, daß sie die Schlichtungsausschüsse im Sinne Punkt 1, 2 und 3 anweisen.

Insbesondere sind diese Grundzüge auch für die Arbeitnehmer des Reiches, der Länder und sonstigen öffentlichen Körperschaften sofort anzuwenden.

Darüber hinaus ist die Erhaltung der Wertbeständigkeit für Arbeitsentgelt aller Art sowie für Sozialrenten und Unterhaltungen gesetzlich im Sinne unserer Richtlinien festzusetzen.

entwertung neuerdings von ihrer bisherigen Lebenshöhe immer tiefer herabgedrückt werden.

Der AFD-Bund richtet an die politischen Parteien das Verlangen, schleunigst für eine solche gesetzliche Festsetzung zur Sicherung der wirtschaftlich Schwächsten und insbesondere auch der neuerdings Profetariatisierten einzutreten.

Die Verwirklichung der hier vorgesehenen Lohnregelung kann und soll nicht etwa ein Ende der Lohnbewegungen, sondern die Wiederherstellung ihrer normalen Grundlage bringen. Die Kräfte der Gewerkschaften werden wieder frei für ihre eigentliche Aufgabe: Kampf um die Steigerung des Anteils der Arbeit am Produktionsertrag.

Stellungnahme des ADS.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hat nach Beratung der wirtschaftlichen Lage der Beamtenschaft und deren Entwicklung beschlossen:

1. Der seit Jahren vorhandene, in der letzten Zeit ganz besonders rapid vor sich gehende Geldentwertung und damit verbundenen ungeheuren Preissteigerung ist das Beamteneinkommen zeitlich und qualitativ nicht genügend angepaßt worden und dadurch dauernd in seinem Realwert gesunken. Dieser ist zurzeit auf einem derartigen Tiefstand angelangt, daß daraus nicht nur eine ernsthafte Gefahr für die Erhaltung des Beamtentums, sondern auch für das Staatswohl entsteht. Um die dringend notwendige Anbahnung einer Hebung der Kaufkraft des Beamteneinkommens herbeiführen zu können, ist zunächst deren Erhaltung und Schutz vor weiterem Herabgleiten erforderlich.

2. Weite Kreise der deutschen Wirtschaft sind längst dazu übergegangen, anstatt mit der entwerteten Papiermark mit beständigen Wertmessen zu rechnen. Diese einseitige Flucht aus der Mark mit ihren Begleitererscheinungen und Folgen hat nicht nur die Verelendung der Nichtbesitzenden beschleunigt, sondern auch die Finanzwirtschaft des Staates, der fast allein noch an der Papiermarkrechnung festhält, fast vollständig ausgehöhlt. Beide Mischstände müssen daher auch mit demselben Mittel bekämpft werden.

3. Dies hat zu bestehen:

a) für die Beamtensoldung durch eine wirtschaftliche und zeitlich rasche Anpassung an die Geldentwertung, d. h. durch automatische Veränderung der nominalen Papiermarkbesoldung an Hand eines in kurzem Zeitraum zu ermittelnden und zu verlässigen Preisindex;

b) für die Reichs- und Staatsfinanzen ebenfalls durch automatische Veränderung der Nominalhöhe auch der Besteuerungen, die sich der Geldentwertung ebenso anzupassen haben wie die von den Arbeitnehmern und Beamten entrichteten direkten und indirekten Steuern. Durch eine derartige gerechtere Verteilung der Inflationssteuer, die heute ausschließlich von den nichtbesitzenden Schichten des Volkes getragen wird, wird gleichzeitig auch der Inflation selbst wesentlich gesteuert.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes fordert von der Reichsregierung die alsbaldige Durchführung der wirtschaftlichen Geldwertungsanpassung des Beamteneinkommens und wird sich gemeinsam mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem AFD-Bund für den Schutz der Arbeitskraft vor weiterer Schädigung einsetzen. Erst wenn der Schleier der Geldentwertung von der Besoldungsentwicklung der Beamtenschaft weggezogen ist, wird der Kampf um die Hebung des wirtschaftlichen und sozialen Niveaus der Beamtenschaft auf klarer Grundlage geführt werden können.

Doppelte Moral!

Aus der Reichspostverwaltung wurde im April eine Beamtin entlassen, weil sie unverehelicht Mutter geworden ist. Die Maßnahme wurde mit „Ehebruch“ und „unwürdigem Verhalten“ (§ 10 BGB.) begründet. Reichspostminister Stügel hat am 7. Juni eine Petition der Betroffenen zurückgewiesen. Dem Fall liegt folgender Tatbestand zugrunde: Der Vater des Kindes, der 12 Jahre älter ist als die Mutter, verlor die Beamtin die Ehe und gestand

erst, daß er bereits verheiratet sei, als die Beamtin nach der Empfängnis zur Heirat drängte. Die Beamtin hat also in gutem Glauben gehandelt. Das Reichspostministerium mußte zugeben, daß für ein „unwürdiges Verhalten“ der Gemahlin der Beweis nicht erbracht sei.

Es ist heute so viel von der Gleichberechtigung der Frau die Rede. Der vorliegende Fall zeigt, daß selbst höhere Behörden von dieser Auffassung weit entfernt sind. Wenn hier unbedingt gemahngelassen werden soll, so wäre der natürliche Vater zur Verantwortung zu ziehen. Der natürliche Vater...!

In derselben Reichspostverwaltung zeugte ein verheirateter Beamter innerhalb von Monaten drei uneheliche Kinder von drei verschiedenen Frauen. Die Folge? Er bezieht für alle drei Kinder die gesetzlichen Kinderzulagen. Was! Und der Herr Reichspostminister findet für diesen Fall kein mißbilligendes Wort. Doppelte Moral...?

Aber nein! Der Herr Reichspostminister darf sich auf den Verband der weiblichen Post- und Telegraphenbeamtinnen beziehen, der vom hohen Söller seiner stillschweigenden Unantastbarkeit den Entlassungen unehelicher Mütter zustimmt.

Es ist schwer, keine Satire zu schreiben. Im Postministerium aber sollte man einmal sein natürliches Moralempfinden fragen, ob es nicht moralischer ist, seine schützende Hand über ein betrogenes Mädchen zu halten, als es ins Elend hinauszustoßen.

Nationalheld Schlageter - Polenspißel!

Der Verkauf der großen Landtagsdebatten hat vor allem dem Volke vor Augen geführt, in welchem Maße die nationalstolischen Geheimorganisationen von Verrätern und Spitzeln durchsetzt sind, die sich nicht scheuen, für fremdes Geld ihre angelegenen Bemühungen der Blutgerichts der Einbruchsheere auszuliefern. Schlageter ist bekanntlich ein Opfer derartiger Spitzeltätigkeit geworden — aber er selbst war, wie sich immer mehr herausstellt, nicht im geringsten von besserer Befinnung als seine jetzt verhafteten Verräter. Das beweist insbesondere eine Zuschrift des Danziger Korrespondenten des „Soz. Parlamentsdienstes“, die sich auf äußerst zuverlässige Angaben stützt und die wir trotz dem Spruch, von Toten nichts Böses zu reden, im Interesse Deutschlands wiedergeben müssen. Da wird berichtet:

Schlageter hat sich vor dem Beginn des Ruhrabenteuers mehrere Monate auch in Danzig aufgehalten, das seines deutschnationalen Senats wegen von den deutschen Reaktionen neben München als „Ordnungszelle“ angesehen wird. Schlageter war von den deutschen Geheimverbänden zu irgendwelchen Zwecken nach Danzig entsandt worden. Hier führte er daselbst nichtstückerisches Leben wie die Hardten-Attentäter, d. h. er trieb sich wochenlang täglich in Bars, Dienen und Kaffees herum. Als seine Geldmittel infolge des kostspieligen Schlemmerlebens zur Neige gingen, verfuhr er bei amtlichen deutschen Stellen unter Hinweis auf seine „nationale Betätigung“ weitere Geldmittel stiftig zu machen. Dieses scheint ihm nicht in genügender Weise gelungen zu sein; denn er trat bald darauf zu der polnischen Spitzelagentur in Danzig in nähere Beziehungen. Als intimer Bekannter des polnischen Oberstspitzels in Danzig verkehrte er mit diesem öffentlich in Danziger Gaststätten. Der Nachweis ist erbracht, daß Schlageter den Polen deutsche Geheimdokumente verkauft hat. Ob es sich hierbei um echte Dokumente oder um Fälschungen handelte, entzieht sich unserer Kenntnis. Gefälschte Dokumente können unter Umständen für das deutsche Volk aber noch schlimmere Folgen haben als echte Geheimdokumente. Die polnische Spionageagentur war auf jeden Fall mit der Tätigkeit Schlageters höchst zufrieden.

Diese Feststellungen werden unsere „nationalen Kreise“ selbstverständlich nicht davon abhalten, weiterhin für Schlageter-Strahlen und -Denkmäler Propaganda zu machen und den Spion Schlageter als Nationalhelden zu empfehlen.

Fuchs-Interpellation in München.

München, 21. Juni. (Fig. Drahtber.) Der Hochverratsprozeß Fuchs-Nachhaus wird auch den Landtag beschäftigen. Die Sozialdemokratische Fraktion hat eine Interpellation eingebracht, die u. a. fragt: „Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um solchen verräterischen, gegen die Einheit des Reiches gerichteten Bestrebungen in Bayern wirksam zu begegnen?“ — Zur Begründung wird gesagt: „Die im Prozeß Fuchs und Genossen festgestellten Tatsachen haben bewiesen, daß ohne zureichendes Eingreifen der Staatsbehörden hochverräterische Unternehmungen im französischen Interesse gefördert werden konnten.“

Hütterisches Regieren.

Unser Parteiblatt in Aschaffenburg ist wegen eines dem „Soz. Parlamentsdienst“ entnommenen Artikels über die Umtriebe des Reichswehrblods Koffach in Magdeburg bis einschließlich 2. Juli verboten worden. Der das Verbot erlassende Staatskommissar, Oberregierungsrat Groß, hat vor kurzer Zeit eine Felddienstaube der Nationalsozialisten in Wespelbrunn inspiziert! Am 23. Juni findet in Aschaffenburg eine Fahnenweihe des bekannten Bundes „Oberland“ statt. Die Aschaffener Arbeiterkammer ist der Auffassung, daß das Verbot erfolgte, um über Vorbereitungen und Verlauf dieser öffentlichen Veranstaltung nichts berichten zu können. Beschwerde gegen das Verbot ist eingereicht.

Die Steuervorauszahlungen.

Der Steuerauschuß des Reichstages beschäftigte sich am Donnerstag mit dem Zentrumsantrag auf Erhöhung der vierteljährlichen Vorauszahlungen der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer. Nach diesem Antrag sollen die Vorauszahlungen vom 15. August ab für die Einkommensteuer um das 25fache, für die Körperschaftsteuer um das 35fache erhöht werden. Die Sozialdemokratie vertrat demgegenüber die Anschauung, daß die Erhöhung der Vorauszahlungen nicht willkürlich vorgenommen werden dürfe, sondern daß ein bestimmter Grundsatz, und zwar die durchschnittliche Lohnsteigerung zum Maßstab genommen werden müsse. Da die Regierung diesen Weg im gegenwärtigen Augenblick als unannehmbar bezeichnete, beantragte die Sozialdemokratie

1. daß die Erhöhung der Vorauszahlungen bei der Einkommensteuer das 25fache,
2. bei der Körperschaftsteuer das 40fache betragen soll und sie beantragte
3. daß die Ermächtigung des Reichsfinanzministeriums, Erhöhungen der Vorauszahlungen vorzunehmen, auch für den nächsten Termin ab 15. August gelten soll und
4. daß bei der Körperschaftsteuer ebenso wie bei den einzelnen Steuerpflichtigen die bei jedem Termin geltenden Vorauszahlungen vermindert werden so wie die Gesellschaften vor dem 1. Juni 1922 ihre Bilanz abgeschlossen haben.

Bei der Abstimmung wurden alle sozialdemokratischen Anträge abgelehnt. Beschlossen wurde, daß die Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer auf das 25fache erhöht werden und daß der Reichsminister der Finanzen ermächtigt ist, für die am 15. November 1923 und am 15. Februar 1924 fälligen Vorauszahlungen eine andere Erhöhung zu bestimmen. Bei Abschluß vor dem 1. Juli 1922 ist die zu leistende Vorauszahlung zu vermindern. Die Erhöhung der Vorauszahlungen tritt nicht ein, sofern das Einkommen hauptsächlich aus Lohnarbeit, aus Steuerberufstätigkeit oder Erträgen fest verzinsbarer Werte besteht. Die Vorauszahlungen auf die Körperschaftsteuer werden auf das 35fache festgesetzt und bei Gesellschaften, die vor dem 30. September 1922 bilanziert haben, soll als weitere Vorauszahlung das 100fache des Betrages entrichtet werden, den sie bis zum 1. Mai zu entrichten hatten.

Entspricht diese Regelung auch nicht voll den Erfordernissen, die die trostlose Finanzlage des Reiches stellt, so werden durch sie doch erneut die schweren Fehler des Geldwertungsgegesetzes und die zu niedrige Bewertung anerkannt und es wird zugegeben, daß die Höhe der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer ebenfalls der Geldentwertung entsprechend während des Steuerjahres angepaßt werden muß. Langsam und unvollkommen zwar, aber doch unaußweichbar sind die bürgerlichen Parteien gezwungen, den von der Sozialdemokratie für die Steuergesetzgebung immer vertretenen Anschauungen Rechnung zu tragen.

Der Volksbühnentag in Potsdam.

Heute abend tritt in Potsdam der vierte Volksbühnentag zusammen. Auf ihm werden an 100 Volksbühnengemeinden, die im Verband der Deutschen Volksbühnengemeinden zusammengeschlossen sind, vertreten sein.

Jahrgedächtnis hindurch gab es nur in Berlin eine „Freie Volksbühne“. Wohl wurden vor dem Kriege hier und da auch in anderen Orten — so in München, in Bielefeld — Ansätze zum Aufbau von Volksbühnengemeinden gemacht. Aber sie scheiterten durchweg wieder an irgend welchen Hemmnissen. Das wurde aber nach dem Umsturz von 1918 anders. Der Drang der Massen, stärker als bisher am Kulturleben teilzunehmen, und die neuerschaffenen Möglichkeiten einer Betätigung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens brachten es mit sich, daß sich in wenigen Monaten an einem guten Duzend von Orten Volksbühnengemeinden bildeten. Die Berliner Volksbühne unternahm es dann, zwischen diesen „Volksbühnen“ und „Freien Volksbühnen“ einen Gedankenaustausch herbeizuführen. Sein Ergebnis war die Einberufung eines ersten Volksbühnentages nach Berlin, der unter Beteiligung der Vertreter von 14 oder 15 Volksbühnengemeinden im Oktober 1920 stattfand. Auf dieser Tagung kam es zur Gründung des Verbandes.

Von jetzt an breitete sich die Bewegung erst recht in raschem Tempo aus. Die vom Verband entfaltete Propaganda machte immer breitere Kreise der Bevölkerung auf die Bedeutung der Besucherorganisation aufmerksam. Gleichzeitige sorgte die Wirksamkeit des Verbandes dafür, daß innerhalb der bestehenden Volksbühnengemeinden die organisatorischen Einrichtungen ausgebaut wurden und über die Bedeutung der Volksbühnenbewegung größere Klarheit entstand.

Als nach knapp zweijähriger Tätigkeit des Verbandes vor einem Jahr in Bielefeld der dritte Volksbühnentag stattfand, waren bereits mehr als 40 Volksbühnengemeinden im Verband vereinigt. Heute, nach knapp dreijähriger Verbandstätigkeit, sind es gut 100 Theatergemeinden. In ihnen sind an 500000 Mitglieder zusammengeschlossen. Die Volksbühnenbewegung erstreckt sich auch nicht mehr lediglich auf Großstädte und Mittelstädte; es hat sich gezeigt, welche Bedeutung sie gerade auch in kleineren Orten gewinnen kann. Gewiss haben die Volksbühnengemeinden in der Regel noch nicht wie die Berliner Organisation mit ihren 150000 Mitgliedern eigene Theaterbetriebe; sie mieten ihre Vorstellungen in den Stadttheatern und veranstalten, wenn am Ort kein stehendes Theater ist, Gastspielvorstellungen. In einzelnen Mittelstädten belegen die Volksbühnengemeinden bereits die Hälfte aller Vorstellungen der Stadttheater für ihre Mitglieder, und in zahlreichen kleineren Orten hat erst die Existenz einer Volksbühne überhaupt die regelmäßige Veranstaltung künstlerisch wertvoller Gastspielvorstellungen ermöglicht. Die Volksbühnenbewegung ist heute bereits ein wichtiger Kulturfaktor geworden.

Zweierlei ist es, was diese Organisation der Theaterbesucher so wichtig macht einmal bedeutet sie die Möglichkeit, das Theater ganz anders als bisher den breiten Schichten der wertvollen Bevölkerung zu erschließen. Durch die planmäßige wirtschaftliche Regelung des Besuches der Vorstellungen

wird ein Weg gezeigt, die Kosten für den Besuch des Theaters erheblich herabzumindern. Hingru tritt die Möglichkeit, durch die Erhebung eines einheitlichen Vorstellungsbetrages bei ständigem Wechsel der Plätze unter den Theaterbesuchern mit der Privilegierung der Bessergestellten bei der Platzzuweisung auszuräumen. Die Tatsache, daß nicht mehr die Theaterleitung, sondern eine Organisation von Besuchern für das Theater wirkt, trägt potens das Ihre bei, um weitere Kreise für die Kunst zu interessieren und zu regelmäßigen Theaterbesuchern zu machen.

Die andere Bedeutung der Besucherorganisation ist die, daß ihre Existenz die künstlerischen Leistungen des Theaters auf eine neue Basis stellt. Sie braucht nicht durch Konzessionen an das Amüsier- und Sensationsbedürfnis einer künstlerisch indifferenteren Masse Publikum anzuloden. Es kann jetzt ein Spielplan ausverkauft werden, der künstlerischen Geistes folgt und zugleich Ausdruck der besonderen kulturellen Interessen jener Gemeinschaft ist, für die das Theater spielt. Die Organisation der Besucher gibt außerdem die Möglichkeit, das Theaterepublikum viel mehr zum schöpferischen Miteleben des Kunstwerks zu erziehen; die Besucherchaft des Theaters stellt eine Gemeinde dar, deren Mitglieder aus der gleichen Sehnsucht nach künstlerischer Erhebung ihren Anstoß vollziehen. Die Besucher des Theaters erhalten als Mitglieder dieser Gemeinschaft aber auch die Möglichkeit einer größeren Mitwirkung bei den Darbietungen des Theaters; indem sie durch ihre Organe bei der Gestaltung des Spielplanes Einfluß ausüben und auch sonst Gelegenheit haben, ihre Wünsche zur Geltung zu bringen. Die Frage ist, ob nicht gerade hier noch weitere Wege gefunden werden können, um die Anteilnahme der organisierten Besucherchaft am Theater zu steigern. Gerade die Frage dieser Möglichkeiten soll auf dem diesjährigen Volksbühnentag zu eingehender Erörterung gelangen.

Es ist ganz klar, daß in der Volksbühnenbewegung noch nicht alles vollkommen ist, daß noch eine ungeheure Erklärungsarbeit zu leisten ist, damit die Volksbühnengemeinden wirklich Kulturgemeinschaften darstellen, befähigt, das wahre Kultur- und Volkstheater zu schaffen und zu tragen. Aber das Entscheidende ist doch, daß durch den Zusammenstoß der vielen Tausende ein Boden für jene Erziehungsarbeit geschaffen, daß die klare Erkenntnis des Zieles vorhanden und der erteilte Wille da ist, diesem Ziel zuzustreben.

Wäre es den Verhandlungen der Potsdamer Tagung gelungen, die Arbeit der Volksbühnengemeinden neu zu befruchten! Und möge der Volksbühnenbewegung ein weiteres gesundes Wachstum zuteil werden!

Die Beratungen des Volksbühnentages finden im Stadtvorordnungsamt in Potsdam statt. Sie beginnen am Freitag abend mit einem Bericht des Verbandsgeschäftsführers über die Entwicklung der Bewegung im abgelaufenen Jahr und einer anschließenden Aussprache über die organisatorischen Probleme. Am Sonnabend normiert 9^u, Uhr werden die Vorarbeiten mit einem Vortrag von Dr. E. Rehrle über das Thema „Die Idee der Volksbühne und die Erziehung zur Kulturgemeinschaft“. Ferner bringt der Sonnabend einen Vortrag von Prof. Rehrle über das Thema „Volksbühne und Dyer“. Am Sonntag normiert 9^u, Uhr spricht der Ehrenmitglied des Verbandes über die künstlerische

Gestaltung der Vorarbeiten. Alle Sitzungen sind öffentlich. Gastkarten sind im Generalsekretariat der Berliner Volksbühne, Spandauer Str. 65, sowie in der Geschäftsstelle der Potsdamer Volksbühne, Potsdam, Am Kanal 36, gegenentgeltlich auch noch im Tagungshotel erhältlich.

Kalte Sommer.

Die bekannten „ältesten Leute“, die sich nie erinnern können, jemals einen so miserablen Sommer erlebt zu haben, haben diesmal recht. Es ist in der Tat seit Menschengedenken in Mitteleuropa kein Sommer vorgekommen, der so völlig ohne Wärme und Sonnenschein gewesen wäre wie der diesjährige. Sucht man in der mitteleuropäischen Witterungsgeschichte nach Analogien dafür, so muß man weit über den Zeitraum zurückgehen, den die lebende Generation selbst gesehen hat und aus der Witterungsgeschichte die unmaßstäblichen Gründe für einen solchen abnormen Sommer abzuleiten versuchen. Da zeigt sich nun, daß, wie die milden und kalten Winter, mehr noch auch die Sommer die Reizung haben, gruppenweise aufzutreten. So lesen wir mit bloßem Reid in Behrens „Klima von Berlin“, daß von 1756 bis 1770 fünfzehn warme Sommer ununterbrochen gefolgt sind. Von 1701 bis 1798 folgten deren acht, von 1778 bis 1783 ihrer sechs und ebensoviel von 1872 bis 1877. In den letzten Jahrzehnten waren diese Perioden warmer Sommer weit kürzer: die letzte Reihe aufeinander folgender warmer Sommer hat es von 1904 bis 1906 gegeben, also nur drei unmittelbar hintereinander.

Aber wir brauchen unsere Mitvorderen nicht nur zu beneiden. Auch früher hat es lange Reihe von Sommern gegeben, die zu kalt waren. Die schlimmste derartige Periode war die von 1730 bis 1747, in der nicht weniger als 18 kühle Sommer ununterbrochen aufeinander gefolgt sind. Auch die Reizeit hat eine bemerkenswerte lange Reihe kühler Sommer erlebt: die Sommer von 1881 bis 1888. Während der letzten 200 Jahre sind nicht weniger als sechsmal je vier kühle Sommer unmittelbar aufeinander gefolgt. Je drei kühle Sommer folgten sich viermal, je zwei siebenmal. Das ist ja auch in diesen Jahren der Fall; denn der Sommer 1922 muß ebenfalls zu den kühlen Sommern gerechnet werden.

Natüremäßig waren die Sommer auch in den langen Perioden unmittelbar aufeinander folgender Kühle nicht alle gleich kühler. Die achthabige Periode von 1881 bis 1888 hat beispielsweise keinen einzigen Sommer gebracht, dessen Mitteltemperatur unter 17 Grad C. lag. Es ist dies jeweils das Mittel aus der Monatstemperatur der Sommermonate Juni, Juli und August. Weitaus schlimmer war die ganz lange Serie kühler Sommer von 1730 bis 1747. Fünf Jahre hintereinander, von 1731 bis 1735, lag das Temperaturmittel des Sommers unter 15 oder unter 16 Grad C., und während der ganzen langen Periode überschritt die Sommertemperatur nur zweimal um ein wenig 17 Grad C. Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß so anhaltende Perioden sommerlicher Kühle bestimmte, vermutlich kosmische Ursachen gehabt haben müssen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird in solchen Zeiten eine starke Trübung der Atmosphäre geherrscht haben, durch die die Intensität der Sonnenstrahlung verringert gewesen ist. Merkwürdigerweise waren in jener achtzehnjährigen Periode kühler Sommer die meisten

Langsame Klärung im Kabinett.

Die Verhandlungen der Reichsregierung mit maßgebenden Persönlichkeiten der Wirtschaft über eine Neuaufgabe der Stützungsaktion wurden am Donnerstag fortgesetzt. Die Regierung plant eine wesentliche Beeinflussung des Devisenmarktes und Strafmaßnahmen ähnlich wie sie in der Tschechoslowakei und in Polen bereits bestehen. Nur ist sie sich noch nicht klar, wie ihre Pläne zur Durchführung gelangen können. Mit dem Reichsbankpräsidenten, dessen Berichtwunder wohl eine Voraussetzung für das Gelingen einer neuen Stützungsaktion ist, ist die Regierung nach wie vor gegen eine Devisenzentrale. — Die Verhandlungen sollen am Freitag fortgesetzt werden.

Polen stürzt mit.

Der polnische Außenminister Seyda hat jüngst in einem Interview das hohe Interesse Polens an einer Lösung der Ruhrfrage betont. Der Sinn dieser Worte wird klar, wenn man sieht, wie der Wert der polnischen Mark unaufhörlich mit dem der deutschen Währung verknüpft ist. Mit dem letzten Marksturz hat denn auch die polnische Valuta, mag sie auch gegen unsere Papiermark etwas gestiegen sein, einen tiefen Fall gelitten, der so auch zu einem Ministerwechsel und zu allerhand Maßnahmen führen soll. Da in Berlin die Polenmark amtlich noch nicht notiert wird, ziehen wir die amtliche Wiener Notierung zum Vergleich heran.

Eine Polenmark galt in Wien:

am 1. 6.	1,26	deutschesfr. Kr.	am 13. 6.	0,78	deutschesfr. Kr.
12. 6.	0,95	"	18. 6.	0,89	"
13. 6.	0,78	"	19. 6.	0,48	"
14. 6.	0,86	"			

Während die stabilisierte deutschösterreichische Krone ihren Wert gegenüber den „Edelvaluten“ seit vielen Wochen unverändert behauptet hat, sinkt die polnische Mark automatisch mit der deutschen.

Severing-Hehe und Rathenau-Feier.

Von deutschnationaler Seite wird eine Erklärung veröffentlicht, in der im Anschluß an die Attentatspläne gegen Severing gesagt wird, daß die Deutschnationalen Volkspartei es begrüßen würde, wenn die Parteien gleichmäßig das ihre täten, um solche verbrecherischen Wahnsinnstößen zu verhindern. Die Deutschnationalen Partei habe immer wieder darauf hingewiesen, daß sie den Rord als politisches Kampfmittel verurteilt und verabscheue. Bei den Attentaten in neuerer Zeit habe es sich herausgestellt, daß die Täter Leute waren, die sich jeder parteipolitischen Festlegung oder Beeinflussung entzogen. Wenn das gesamte deutsche Volk ohne Unterschied der Parteien es ablehne, mit derartigen Kreisen eine Gemeinschaft zu haben, werde sie diese von ihren Wahnsinnstößen abhalten. Man könne derartigen Untaten vorbeugen, wenn man provozierende Veranstaltungen vermeide.

Soweit verzeihen wir diese Äußerung mit Genugtuung, obwohl zu einzelnen Punkten manches zu sagen wäre, was für die Deutschnationalen Partei nicht angenehm wäre. Wenn in der Erklärung aber weiter die linksstehenden Kreise aufgefordert werden, am Jahrestage der Ermordung Rathenaus von Gedenkfestein und Verlesungen abzusehen, so muß das zurückgewiesen werden. Nicht nur die linksstehenden Kreise, sondern das ganze deutsche Volk, soweit es nicht parteipolitisch orientiert ist, betrachtet den 24. Juni als einen Trauertag für die deutsche Republik. Es wäre schlimm um einen Staat bestellt, der es sich nehmen lassen wollte, in würdiger Form das Andenken eines Staatsmannes zu ehren, der sein Leben und Können in den Dienst des Staates gestellt hat und der als Repräsentant seines Staates durch heimtückische Mordhand niedergestreckt wurde. Es ist eine Beleidigung der deutschen Republik, von ihr zu verlangen, aus Rücksicht auf ihre Feinde von den selbstverständlichen Anstandsregeln abzusehen.

Handelskriege unter Verbündeten. Belgien und die Tschechoslowakei, wie Frankreich und Portugal stehen miteinander im Zollkrieg. Frankreich und Spanien stehen nahe davor.

Winter warm, und zwar regelmäßig alle Winter nach den besonders kalten Sommern. Das ist ohne weiteres einleuchtend: die starke Trübung der Atmosphäre, die im Sommer die Erwärmung durch die Sonnenstrahlen verhindert, verhilft im Winter die Ausstrahlung der Wärme in den Weltraum. Wahrscheinlich bringt in solchen Jahren auch kosmischer Staub in größeren Mengen bis in die oberen Schichten der Atmosphäre und erzeugt infolge der durch ihn gebildeten Kondensationskerne viel Wolken. Ja, man geht heute sogar soweit, die Ursache der auf andere Weise nicht befriedigend zu erklärenden Eiszeiten auf eine allgemeine Abkühlung der Erdoberfläche durch Verringerung der Strahlungswärme der Sonne zurückzuführen, und zwar in sehr lange, tausenden von Jahren umfassen den Perioden. Man müßte dazu allerdings annehmen, daß unser Sonnensystem während dieser Zeiten durch die mit dunklen, kosmischen Nebeln von ungeheurer Ausdehnung angefüllt sind. Diese Möglichkeit ist durchaus gegeben und wird von den Astronomen gerade in jüngster Zeit mehr als je in den Kreis ihrer Berechnungen gezogen.

Das Schillertheater im Betriebe der Staatstheater. In der Charlottenburger Bezirksversammlung wurde Mittwoch eine Vorlage über die Verpachtung des Schillertheaters an die Generalverwaltung der Staatstheater beraten. Die Versammlung stimmte der Vorlage ohne jede Aussprache zu. Im Pachtvertrag verpflichtet sich das Staatstheater, Schauspielerdarstellungen im Sinne volkstümlicher Kunst unter Berücksichtigung der Interessen der minderbemittelten Kreise zu geben und die Preise durchgänglich um ein Drittel niedriger zu gestalten als im Staatstheater. Die Hälfte der Plätze soll den Abonnenten und den Besucherorganisationen überlassen werden. Ferner ist das Staatstheater gehalten, eine bestimmte Anzahl von Schillerdarstellungen für die Zöglinge der Charlottenburger Fortbildungs- und Gemeindefürsorge als Nachmittagsvorstellungen unentgeltlich zu geben und für die Schüler der übrigen Charlottenburger Schulen zu ermäßigten Preisen. Der Vertrag wird auf fünf Jahre geschlossen, nach deren Ablauf die Schillertheater-Gesellschaft wieder in ihre alten Rechte eintritt. Vom Personal werden der Direktor Patzsch und sein Stellvertreter, der Regisseur, der Dramaturg sowie 20 von 26 Bühnenmitgliefern und das gesamte kaufmännische und technische Personal übernommen. Die Schillertheater-Gesellschaft wird die fünfjährige Frist zu ihrer Sanierung benutzen. Der Pachtbetrag der laufenden Spielzeit dürfte sich auf 40 Millionen Mark belaufen.

Damit ist vorläufig das Schicksal des Schillertheaters entschieden, da der Landtag dem Vertrage zweifellos zustimmen wird. Wir hätten es lieber gesehen, wenn das Schillertheater der Volkshöhne verpachtet worden wäre. Indes ist der volkstümliche Charakter des Theaters gewahrt, und die berechtigten Ansprüche der Besucherorganisationen sind gesichert. Jetzt, wo das Staatstheater mehr Spielraum hat, wird es hoffentlich den Erwartungen, die an seine Leitung geknüpft wurden, sowohl in dem einen wie dem anderen Theater entsprechen.

Eine Spende des Reichspräsidenten. Der Reichspräsident hat der deutschen Schiller-Gesellschaft in Weimar, dem Wohnort des Schriftstellers und Schriftstellerinnen eine Spende von einer Million Mark überreicht.

Revision Goerges verworfen.

Düsseldorf, 21. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der in Düsseldorf stationierte Revisionsgerichtshof der französischen Besatzungsarmee erwartete am Mittwoch nach kurzer Beratung die Revision des in Mainz wegen eines Sprengattentats zum Tode verurteilten Landwirtschaftslehrers Goerges.

Wie uns mitgeteilt wird, beabsichtigt Regierungspräsident Grähler bei der englischen Regierung einen Schritt zu unternehmen, der den Zweck hat, die englische Unterstützung für eine Begnadigungsaktion für den Verurteilten zu erstreben.

Goerges hatte ein Sprengattentat auf einen Bahndörper unternommen und ist geständig. Das Unternehmen, das lediglich Unschuldige den schwersten Bedrängungen aussetzte, ist zu verurteilen. Aber darüber zu berichten zu lassen, ist Sache der deutschen Gerichte. Die Vollstreckung des Todesurteils wäre eine Unthat, die einen wahren Sturm der Entrüstung in Deutschland hervorrufen würde. Soll durch derart rechtswidrige und unmenschliche Gewalturteile der schmale Pfad der Verständigung blockiert werden? England wird der Sache der Menschlichkeit und dem Frieden Europas einen guten Dienst erweisen, wenn es den Versuch unternimmt, den Fall Goerges aus dem Bereich der Politik in den einer menschlichen Verurteilung zu überführen.

Zwei Belgier erschossen.

Münster, 21. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In der Nähe der Lippe im Amtsbezirk Mari sind heute früh zwei belgische Soldaten erschossen, ein dritter schwer verletzt worden. Die Täter sind entkommen. Ueber Mari ist der verschärfte Belagerungszustand verhängt. Ein Reihe von Personen, darunter der Bergassessor Schleper, der Ingenieur Vallon, Redakteur Dr. Milchke, Lehrer Glaser und der Amtsinспекtor Schulte-Boerke sind als Geiseln festgenommen worden. In Mari ist ein 19jähriges Mädchen von einem belgischen Soldaten vergewaltigt worden. Der Soldat wurde von seinem Truppenteil verhaftet.

Köln, 21. Juni. (Eig. Drahtbericht.) In Westhofen ist am 19. d. M. ein 16½-jähriges Mädchen von einem französischen schwarzen Sergeanten und einem weißen Gefreiten vergewaltigt worden.

Die Abriegelung des Ruhrgebietes.

Eberfeld, 21. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Nach einer Verordnung des Kommandanten der 3. Liniendivision ist die feinerzeit vom Preussischen Landtag beschlossene Verbreitung und der öffentliche Anschlag der Rede des preussischen Ministerpräsidenten Brauns, ebenso wie jede Verbreitung in Flugblättern und der Presse verboten. In Dortmund haben die Franzosen am 19. Juni Flugblätter abgeworfen, in denen es heißt, daß der passive Widerstand in 14 Tagen beendet sei. In Herde und Dortmund ist am 19. eine Anzahl französischer Eisenbahner entlassen. Auf dem Bahnhof Dohlfhausen haben die Franzosen an verschiedenen Stellen die Schienen aufgesperrt. In den letzten Tagen sind bei einem größeren Eisenbahnunfall bei Werklinde 5 Wagen und eine Zechenlokomotive vollständig zertrümmert.

In Reddinghausen ist der Belagerungszustand heute morgen aufgehoben worden. In Lennep haben die Franzosen heute bei der Beibehaltung der Stadt auferlegten Kontribution von 50 Millionen Mark auf der Sportasse 110000 Mark, auf einer Privatbank 280000 Mark beschlagnahmt. Ueber den Restbetrag verlangt sie von der Postverwaltung die Auslieferung eines auf das Postgeschäft Essen lautenden Schecks, was abgelehnt wurde.

England erwägt...

London, 21. Juni. (M.B.) Unterhaus. Abg. Wedgwood fragte, ob es in Hinblick auf die Möglichkeit des Ausbruchs von Unruhen im Ruhrgebiet ausführbar sein würde, eine besondere Untersuchung darüber anzustellen, ob Nahrungsmittel einbehalten würden. Baldwin erwiderte: Ich zweifle nicht daran, daß derartige Nachforschungen angestellt werden. Ich werde diesen Punkt erwägen.

Zurückgenommene Andweisung.

Münster, 21. Juni. (M.B.) Die Ausweisung von Beamten der Ruhrorter Hafenverwaltung ist zurückgezogen worden, nachdem der Befehlungsbehörde klargestellt war, daß die Hafenverwaltung kein Staatsbetrieb ist, vielmehr mit der Reichsbahnverwaltung nur in Betriebsgemeinschaft steht.

Dortmund, 21. Juni. (M.B.) In Reddinghausen ist der Belagerungszustand aufgehoben.

Französische Ausschreitungen in Mannheim.

Mannheim, 21. Juni. (M.B.) Ueber nächtliche Schießereien französischer Soldaten im Mannheimer Jungbuschviertel, also im unbefestigten Mannheimer Stadtgebiet, gibt die Mannheimer Polizeidirektion folgende Darstellung: In der Nacht vom 20. zum 21. Juni zwischen 1 und 2 Uhr hielten sich französische Soldaten im unbefestigten Mannheimer Stadtgebiet auf und überfielen mit vorgehaltenem Revolver und mit dem Rufe „Hände hoch!“ die Vorübergehenden. Soweit bisher festgestellt werden konnte, wurde einer Frau und einem Kaufmann die Borschaft geraubt sowie einem Joloffen Krug und Kravatte heruntergerissen. Eine Polizeistreife, die sich nach dem Tatort begab, vertrieb die Franzosen aus dem unbefestigten Gebiet. Einer der beiden Soldaten zog sofort seinen Revolver und bedrohte die Polizeibeamten, während der andere auf der Flucht mehrere Schüsse auf die Beamten abfeuerte. Nachdem sich die Franzosen ins befestigte Gebiet zurückgezogen hatten, eröffneten sie auf die Polizeibeamten ein regelrechtes Schützenfeuer, das von den Beamten erwidert wurde. Ein Polizeibeamter wurde durch einen Querschläger verletzt. Nach dem Vorfall drangen französische Patrouillen weit ins unbefestigte Gebiet hinein vor. Eine Untersuchung des Vorfalls ist im Gange.

Die radikalsozialistischen Kabinettmitglieder Aufsehnung gegen den Parteibeschluß.

Paris, 21. Juni. (Eig.) Die drei dem Ministerium Poincaré angehörenden Minister Strauch, Kolonialminister Sarrailh und Post-Unterstaatssekretär Casson erklärten nach dem heutigen Ministerrat den Pressevertretern, daß sie entgegen dem Parteibeschluß nicht aus dem Ministerium ausscheiden würden. Sie betrachteten es als ihren Lebensstoß, mit dem großen Republikaner Poincaré zusammenzuarbeiten.

Die Parteidisziplin in der bürgerlich radikal-sozialistischen Partei ist immer sehr mangelhaft gewesen. Kurz vor dem Kriege wurde zum ersten Male unter dem Impuls von Caillois der Versuch unternommen, eine einheitliche politische Stellung den parlamentarischen Vertretern dieser Partei aufzuzwingen. Doch blieb dieser Versuch ohne nachhaltige Folgen. Im allgemeinen kann jeder in

dieser Partei machen was er will. Das ist auch der Grund ihrer inneren Schwäche. Seit zwei Jahren wird nun der erste Versuch Caillois unter Herriots Leitung, wenn auch viel zögerlicher, wiederholt. So sind zunächst einige Parlamentarier ausgeschlossen worden, die für die Wiederaufnahme der Beziehungen im Balkan entgegen dem Parteibeschluß gestimmt hatten. Dasselbe Schicksal sollte nun die nominell der radikal-sozialistischen Partei noch angehörenden Mitglieder der Regierung Poincaré treffen, falls sie nicht aus ihr ausscheiden. Daß die Betreffenden dieser Aufforderung keine Folge leisten wollen, war vorauszusetzen. Viel fraglicher ist es, ob die Partei den Mut aufbringen wird, fest zu bleiben und ihren Ausschluß zu beschließen. Es gibt nämlich bei den Radikalen nicht wenig wankelmütige Elemente, die alles andere als „radikal“ sind und die den innerpolitischen Bruch mit Poincaré sehr ungern sehen. Selbst Herriot zählt nicht gerade zu den tüchteneren und kampfschließenden Elementen seiner Partei. Ein Unfall in der Frage des Ausschließens der drei Kabinettmitglieder ist demnach keineswegs unmöglich.

Vor der französisch-belgischen Antwort an England.

Paris, 21. Juni. (Eig.) Der „Temps“ veröffentlicht folgende offizielle Notiz:

Der belgische Botschafter in Paris, der gestern mit dem Direktor der politischen Abteilung des Quai d'Orsay drei Besprechungen gehabt hatte, wird voraussichtlich heute abend von Poincaré empfangen werden. In diesen französisch-belgischen mündlichen Verhandlungen, die kaum einen entscheidenden Charakter haben können, solange die Ministerkrise in Belgien andauert, besetzt man sich mit den Instruktionen, die dem Grafen St. Aulaire, dem französischen Botschafter in London, gegeben werden sollen und die es ihm ermöglichen, die Unterhandlungen mit Lord Curzon fortzusetzen und so auf die von der englischen Regierung gestellten Fragen antworten zu können. Aus dem bisherigen Verlauf geht deutlich hervor, daß Belgien mit Frankreich im großen und ganzen über die zu erteilende Antwort einig ist. Französischerseits beschäftigt man sich weiterhin mit der Einstellung des deutschen Widerstandes und mit dem Regime, das später im Ruhrgebiet einzutreten hätte. Diese Studien, die sehr eingehend sind, scheinen noch nicht beendet zu sein, und es wäre zweifellos verfrüht, die praktischen Schlussfolgerungen zu ziehen, die der französische Botschafter darzulegen in der Lage sein wird.

Poincaré wird scharf gemacht.

Paris, 21. Juni. (Eig.) Im „Journal des Debats“ nimmt Auguste Gauvain Stellung zu den Pariser Meldungen der Londoner Zeitungen, die von einem Nachgeben Poincarés gegenüber dem englischen Standpunkt berichten. Die ungeheure Mehrheit des französischen Volkes würde im Gegenteil das Kabinett Poincaré aufgeben, wenn es nachgeben würde. Frankreich habe allerdings den Willen, mit England zu einer Einigung zu kommen, aber es wolle deshalb nicht seine vitalsten Interessen opfern.

Die Franken-Krise.

Paris, 21. Juni. (Eig.) Nach einem kurzen Rückschlag an der gestrigen Nachbörse war in den heutigen Börsenstunden wieder ein Anzeichen des englischen Pundes zu verzeichnen, das mit 74,19 notiert wurde und an der Nachbörse mit 74,30 gefragt war.

Englische Besorgnisse um den Marksturz.

London, 21. Juni. (Eig.) Die „Times“ veröffentlicht heute einen Leitartikel über den Ruhrkonflikt, der mit den Meldungen ihrer Berliner und Brüsseler Korrespondenten in den letzten Tagen, die von Verhandlungsmöglichkeiten zu berichten wußten, in Gegensatz steht. Die Zeitung erklärt, daß die Lage in den letzten 14 Tagen infolge des Marksturzes sich verschlechtert habe. Es sei möglich, daß Deutschland zu der Zeit, als es seine letzten Vorschläge machte, mehr hätte anbieten können, aber es sei fraglich, ob es jetzt auch nur die damals angebotenen Ziffern aufrechterhalten könne. Es sei ganz klar, daß, zu behaupten, Deutschland ruiniere sich, um die Reparationen nicht bezahlen zu müssen. Die Frage, ob ein wirtschaftlich und politisch starkes Deutschland in Zukunft für Europa eine Gefahr wäre, habe jetzt nur akademischen Wert. Wenn der Marksturz weiter fortschreite, seien in Deutschland große soziale Umwälzungen zu erwarten. Niemand könne Interesse am Ausbruch von Unruhen in Deutschland haben. Anstatt Zahlungen bieten zu können, würde Deutschland wie Rußland zusammenbrechen und ein ewiger Almosenkandidat werden. Gegenwärtig stehe der Wohlstand Europas auf dem Spiele. In den Verhandlungen mit Frankreich müsse die englische Regierung versuchen, dem schnellwirkenden Zerstörungsprozeß in Deutschland entgegenzuwirken.

Regierungsumbildung in Bulgarien.

Sofia, 21. Juni. (Eig.) Nach dem „Corriere della Sera“ hat das Kabinett Jankoff die unter Stambuloff so schwer verurteilten Mitglieder des Kabinetts Radoslawoff, das den Eintritt Bulgariens in den Weltkrieg beschloß, aus der Haft entlassen. Das bulgarische Kabinett soll umgebildet werden, um die Beteiligung aller Parteien an der Regierung zu ermöglichen. Als künftiger Ministerpräsident wird Danoff bezeichnet.

Bulgarien und Rumänien.

Sofia, 21. Juni. (Eig.) Der neue bulgarische Außenminister Kristo Kaloff erklärte dem Berichterstatter der bulgarischen Zeitung „Dimineata“, die neue Regierung wünsche in voller Freundschaft mit Rumänien zu leben. Bulgarien werde alle Schulden, zu denen es sich im Friedensvertrag verpflichtet hat, bezahlen. Es werde die von der früheren Regierung unterbrochenen Verhandlungen weiterführen und die zwischen Bulgarien und Rumänien bisher noch ungeklärten Fragen erledigen. Die Politik der neuen Regierung werde entschieden, aber aufrichtig friedlich sein, damit die materielle und moralische Erneuerung Bulgariens ermöglicht werde. Der Geschäftsträger in Prag, Daskaloff, der sich bekanntlich weigert, seinen Posten zu verlassen, sei bereits am Freitag zur Übergabe der Gesandtschaft aufgefordert worden. Anhänger Stambuloff's würden Bulgarien niemals im Auslande vertreten. Etkönig Ferdinand habe dem Umsturz völlig ferngestanden, da die Aktion durchaus spontan war. Ihre Ursache war die Bedrückung der Städte durch das Land.

Patriotische Voraussetzungen zur agrarischen Vaterlandshilfe. Die „Telegraphen-Union“ verbreitet weitverbreitet eine Reihe besonderer Bedingungen, die der Reichslandbund in einer Denkschrift zur Garantiefrage der Landwirtschaft für die Zahlungen an den Grundbesitzer dem Reichskammer überreicht hat. Danach fordert die deutsche Landwirtschaft als Voraussetzung für ihre Mitwirkung bei der Lösung der Garantiefrage, daß in amtlichen deutschen Ausstellungen gütlich — die Bezeichnungen „Sanktion“ und „Reparation“ vermieden werden und daß die Kriegsschuldfrage entsprechend den neuesten Forschungen bearbeitet wird! Man muß fragen, was für Gründe der Landbund vorbringt, um sich von seinen Verpflichtungen zu befreien. Oder meint er das nicht so schlimm?

Gefahr in Spanien. Der Minister des Innern betonte auf eine Anfrage in der Kammer die gefährliche Lage in Barcelona, wo sich neue Attentate ereignet haben. — Die katalanische Sonderbewegung hat jetzt in der spanischen Kammer zur Bildung einer neuen Partei, der „katalanisch-republikanischen Einigen“ geführt.

Gewerkschaftsbewegung

Eine Unternehmermeinung.

Vor einigen Tagen erschien in bürgerlichen Blättern ein Artikel des bekannten Syndikus der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, Dr. Weisinger, über — natürlich gegen — den wertbeständigen Lohn. Es ist nicht der erste Artikel des schreibseligen Syndikus gegen den wertbeständigen Lohn. Da aber die Frage inzwischen so brennend geworden ist, daß heute zweifellos die gesamte öffentliche Meinung den Gedanken ausgegriffen hat, endlich auch die Arbeit so zu bezahlen, wie vertraglich vereinbart worden ist, statt sie um einen mehr oder weniger großen Teil des vereinbarten Lohnes zu betrügen, spricht Dr. Weisinger in sanfteren Tönen und bemüht sich sogar, sachlich zu sein. Zu seinem Unglück. Er verwechselt die gleitende Lohnskala mit dem wertbeständigen Lohn, diesen mit dem Indexlohn, den wieder mit dem Goldlohn usw. in bunter Reihe.

Die gleitende Lohnskala bestand vor dem Krieg in England und in den Vereinigten Staaten und richtete sich nicht nach den Lebenshaltungskosten wie der Indexlohn, noch der Kaufkraft des Geldes, gemessen an mehreren Indices, wie der wertbeständige Lohn, auch nicht nach dem Kurswert des Papiergeldes wie der Goldlohn, sondern nach den Preisen der Produkte der verschiedenen Industrien, für die die gleitende Lohnskala eingeführt war. Diese gleitende Lohnskala konnte also nicht, wie Dr. Weisinger erzählt, in Oesterreich abgebaut werden, weil sie dort nie bestanden hat.

In Oesterreich bestand und besteht der Indexlohn. Die Behauptung, daß in Oesterreich der Indexlohn abgebaut worden ist, daß selbst die Gewerkschaften sich überzeugen mußten, daß der Indexlohn für die österreichische Industrie nicht tragbar sei, ist falsch. Die Unternehmer, die Regierung und der Völkerverbundlifer wollten allerdings den Indexlohn beseitigen. Nicht aber die Gewerkschaften. Bei jedem neuen Vertragsabschluss wird um den Index gekämpft. Die Unternehmer wollen ihn einschränken oder den Grundlohn herabsetzen. Die Arbeiter vertreten den gegenteiligen Standpunkt. Das ist sozusagen das natürliche Verhältnis. Der Vertrag aber einmal geschlossen — und er läuft gewöhnlich auf drei Monate — ist auch jede Diskussion und jedes Feilschen um Nullen erledigt. Der vereinbarte Lohn wird gezahlt, nicht auf Grund einer fiktiven Währung, die alle auf die Angelegenen beträgt, sondern auf Grund eines Index der Lebenshaltungskosten, der prinzipiell von beiden Parteien festgelegt wird. Für die Staatsangestellten ist der Index sogar gesetzlich festgelegt. Dieser Index schadet der österreichischen Wirtschaft so wenig, daß trotz der Lebensunfähigkeit dieses von fast allen Rohstoffen entblößten Rumpflandes die Arbeitslosigkeit zurückgeht, während es bei uns umgekehrt ist.

Aber für Dr. Weisinger ist die sachlich schimmernde Drapierung nur eine durchsichtige Verkleidung des Reins. Für ihn müßte erst eine Reihe von Bedingungen erfüllt werden, ehe man die Frage, den für eine Leistung vereinbarten Lohn auch wirklich zu zahlen, erwägen könnte. Die Währungs- und die Reparationsfragen müßten erst gelöst werden und würden dann von selbst den wertbeständigen Lohn bringen. Auch die Privatwirtschaft müsse erst auf Goldrechnung umgestellt, die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen beseitigt werden. Wenn dies aber alles geschehen sein werde, so steigt sofort das Bedenken auf, ob bei den sich dann ergebenden Preisen und Löhnen die deutsche Wirtschaft noch konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt bleibt, zumal... die Gesamtlöhnerhebung der deutschen Industrie infolge der unproduktiven Löhne im weitesten Sinne im Vergleich zur Vorkriegszeit schon ziemlich an den Goldindex herangekommen ist.

Ziemlich, sagt Herr Dr. Weisinger. Darüber werden wir einige Zahlen veröffentlichen. Also die Unternehmer zahlen schon heute ziemlich Goldlöhne. So ungefähr, wie sie ziemlich schon Goldlöhne zahlen. Und die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen beklagt sie natürlich ganz außerordentlich, etwa wie die unerschwinglichen Eisenbahn- und Posttarife, die einen Bruchteil der Weltmarktarife ausmachen. Man sehe sich einmal unsere Konzerne besonders der Schwerindustrie an. Trotz der „ziemlichen Goldlöhne“, der Kieftarife, der Bauzuschüsse für Arbeiterwohnungen, die die Allgemeinheit aufzubringt, haben sie noch nicht einmal überall Weltmarktarife, so daß die Fertigungsindustrie vielfach im Inlande sich noch billiger eindenken kann als im Auslande. Wozu also Löhne zahlen, die auch den auszubehenden Löhnen wirklich entsprechen? So sagt der Syndikus der Arbeitgeber. Freilich bei weitem nicht aller Arbeitgeber. Es gibt auch unter den Arbeitgebern Leute, die einen Betrag für einen Betrag halten. Und etwas anderes ist der Lohn in Hagenstein-Kubel nicht.

„Gewerkschaftsterror“.

In dem Zirkus, den Max Raunenbrecher leitet, reitet ein Dr. Erich Schmidt aus Schwabau den alten abgetriebenen Klepper „Gewerkschaftsterror“. Der Mann, der durch seine Ausführungen den deutschen Beweis liefert, daß ihm die Gewerkschaftsbewegung gänzlich unbekannt ist, stellt sich als einen Kenner derselben vor und jareibt:

„Wer die Gewerkschaftsbewegung kennt, der weiß genau, daß ihre so großartig erscheinenden Mitgliederziffern nicht zuletzt auf einen Organisationsterror beruhen, den die Gewerkschaften verübt oder offen „auszuüben pflegen“, je nachdem, ob sie sich der Gerichtsbarkeit gegenüber „über“ fühlen oder nicht.“

Der vorgebliche Kenner der Gewerkschaftsbewegung weiß aber noch mehr. „Die Gewerkschaftsleiter und sozialistischen Parteiführer leben aber voll Trauer, daß ihnen die Felle wegzuschwimmen beginnen. Sie schreiben deshalb nach Organisationszwang und der gewerkschaftliche Reichsarbeitsminister Dr. Brauns leitet ihren Wünschen ein nur allzu offenes Ohr.“ Der Terror-Doktor hat die Entdeckung gemacht, daß die Gewerkschaften in der Auflösung begriffen sind. Er teilt ihre Mitglieder in zwei Sorten ein. Die einen werfen sich dem Kommunismus in die Arme, die anderen aber, die sich die freie Persönlichkeit nicht haben von dem Gewerkschaftsterror rauben lassen“, schließen sich den berufständischen Organisationen des Nationalverbandes deutscher Berufsverbände an.“ Trotzdem viele Gewerkschaftler selbst vor blutigem Terror bis zum Totschlag nicht zurückschrecken, wenn es gelte, die Arbeitnehmer in ihre Reihen hineinzutreiben, beginnen die Gewerkschaftsleiter sich zu lichten.“

Wenn das so richtig wäre, wie es falsch ist, dann wäre das Terrorismusgegreine ja ganz überflüssig. Unser Kenner braucht nur abzuwarten, bis die Reihen der Gewerkschaften so gelichtet sind, wie es die seiner gelben Schlinglinge heute noch sind. Daß deren „berufständischen Organisationen“ noch nicht aus dem Agitationsstadium in der schwerindustriellen Presse herausgekommen sind, liege daran, daß die Gewerkschaften und ihr Reichsarbeitsminister Dr. Brauns alles tun und daransetzen, um... sie nach Möglichkeit von dem Feilschen mit dem Arbeitgeber-Syndikus fernzuhalten.“ „Unser Reichsfinanzminister Luno“ soll den Gelben dazu verhelfen, daß sie zu dem „Feilschen“ zugelassen werden.

Der besondere Anlaß zu seiner Attacke bildet für den Dr. Schmidt ein Vorschlag in Nr. 9/10 des Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, wonach Unorganisierte doppelte Beiträge zur Arbeitslosenversicherung leisten sollten. Seine recht niedrige Unterstellung der Motive zu diesem nicht ernst zu nehmenden Vorschlag schiebt der Terror-Doktor mit einem: „Psui Teufel!“ Damit können auch wir ihn verlassen.

Zu den neuen Beamtenegehältern.

Aus den Kreisen der unteren Beamten erhielten wir folgende Zuschrift:

„Vor einigen Tagen veröffentlichte der „Vorwärts“ die vom Haushaltsausschuß des Reichstages genehmigten neuen Beamtenegehälter. Bei dieser Neuregelung ist man dem alten Grundlohn, bei den Beamten der unteren Gehaltsklassen möglichst viel abzuhacken, den oberen Beamten dagegen sehr entgegen zu kommen, treu geblieben. Jedenfalls kommt man bei näherer Betrachtung dieser Neuregelung zu recht eigenartigen Resultaten. In einer ganz besonders schweren wirtschaftlichen Notlage befinden sich die Beamten der unteren Gruppen. Hier hat man gar kein Verständnis für die Notlage aufbringen können. Vergleicht man nämlich nach dieser Neuregelung die jetzigen Grundgehälter mit den für den Monat Juni bereits gezahlten Summen, so ergibt sich für die Beamten in Gruppe II ein Minus von 28000 bis 40000 M., in Gruppe V ein Minus von rund 21000 bis 23000 M. im Monat. Erst bei den Beamten, die der Gruppe IX angehören, scheint eine besondere Notlage vorzuliegen; denn in dieser Gruppe erhöht sich das monatliche Grundgehalt um rund 55000 bis 61000 M., um dann in Gruppe XIII, Gruppe der Regierungsräte, mit einem Mehr von 48000 M. gegenüber dem letzten Grundgehalt abzuschließen. Man komme nicht mit dem Einwand, daß der hinzukommende Teuerungszuschlag die obigen Differenzen ausgleichen würde. Da dieser wiederum nur prozentual erfolgt, erhöht er nur die vorgenannten Gehaltsunterschiede. Weiterhin muß festgestellt werden, daß sich das Gehalt in Gruppe II um das 33fache, in Gruppe V um das 38. bis 34fache, in Gruppe IX um das 37fache und in Gruppe XIII rund um das 35fache gegenüber den alten Grundgehältern erhöht hat. Die Summen, die man also den Beamten der höheren Gruppen bewilligt, sind auf Kosten der unteren Beamten aufgebracht worden. Daraus ist ersichtlich, daß die Spannung in den Gruppen III bis XIII noch größer geworden ist. Im Plenum sind sämtliche Verbesserungsanträge unserer Partei von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen abgelehnt worden. Das sollte besonders den Beamten der unteren Gruppen, die die Vertretung ihrer Interessen zum großen Teil immer noch den bürgerlichen Parteien übertragen, zu denken geben. Es sollte die Pflicht eines jeden Beamten sein, für eine feste geschlossene Beamteneorganisation einzutreten, um der Fortleitung dieser Ungerechtigkeiten in Zukunft bei Neuregelung der Gehälter Einhalt zu gebieten.“

Der Verband der Fabrikarbeiter im Jahre 1922.

Nach im Jahre 1922 fand der Fabrikarbeiterverband in Bezug auf seine Größe an zweiter Stelle aller freigewerkschaftlichen Organisationen. Am Ende des Jahres 1922 waren 783 013 Mitglieder (525 504 männliche und 257 509 weibliche) vorhanden. Gegenüber dem Jahre 1921, in dem die Mitgliederzahl 681 071 (408 239 männliche und 272 832 weibliche) betrug, ist eine Zunahme von 51 042 Mitgliedern (32 265 männliche und 18 777 weibliche) oder um 7,48 Proz. zu verzeichnen, ein Ergebnis, das als befriedigend anzusehen ist. Zahlstellen hat der Verband 564 in 16 Gauen. Die Leistungen im dem Gebiete des Unterhaltungswezens waren sehr beachtliche. Im ganzen wurden 115 490 911,37 M. verausgabt, und zwar für Streikunterstützung 67 054 578,17 M., für Gemahregelunterstützung 355 831,10 M., für Krankenunterstützung 25 462 909,70 M., für Arbeitslosenunterstützung 15 832 268,15 M., für Reiseunterstützung 1 899 554,25 M., für Umzugsunterstützung 508 952,85 M., für Notlageunterstützung 74 814,10 M., für Sterbegeld 3 920 240,75 M., für Rechtschutz 381 772,80 M.

Die Gesamtzahl der vom Verband geführten Lohnbewegungen betrug 9570. Davon wurden 8200 ohne Streik erledigt, während bei 361 zur Arbeitseinstellung geschritten werden mußte. Es wurden erreicht bei Angriffsbewegungen für 208 Personen eine Arbeitszeiterhöhung von 2066 Stunden pro Woche, für 890 085 Personen 9 569 119 474 M. Gesamtlöhnerhöhung pro Woche (ohne Einrechnung der einmaligen Wirtschaftsbefehle). Bei den Abwehrbewegungen wurde für 3138 Personen eine Löhnerhöhung von 559 686 M. die Woche erzielt. Von den 361 Arbeitseinstellungen, die sich auf 1203 Betriebe mit 58 050 Arbeitern und 18 084 Arbeiterinnen erstreckten, endeten 325 mit vollem und 18 mit teilweisem Erfolg, während 17 erfolglos blieben, und einer am Jahresabschluss unerledigt war. Bemerkenswert ist, daß von 34 Abwehrkreisen 32 und von 44 Ausperrungen 40 für die Arbeiter erfolgreich waren.

Am 31. Dezember 1922 waren im Verbandgebiet 808 Tarife für 10 277 Betriebe mit 718 151 Beschäftigten abgeschlossen.

Die Metallarbeiter für wertbeständige Löhne.

Die Funktionärsversammlung der Metallarbeiter am Mittwoch nahm nach einem Referat des Genossen Dörmann eine Resolution an, in der es heißt:

Die wirtschaftlichen Verhältnisse haben für die Arbeiterklasse einen Notzustand geschaffen, der mit jedem Tage unerträglich wird. Die Ursachen sind zurückzuführen auf die kapitalistische Wirtschaft und Herrschaft. Dem Kapitalismus verdankt das Volk den Weltkrieg, kapitalistische Macht gibt auch heute der Weltpolitik wie der Innenpolitik Deutschlands ihr Gepräge.

Eine Veränderung der heutigen Zustände herbeizuführen bedingt umfassende Maßnahmen betreffend die einzelnen Wirtschaftsgebiete, Steuern usw. Das bedeutet jedoch entscheidende Machtkämpfe zwischen Kapital und Arbeit. Das Proletariat steht in diesem Kampfe allen bürgerlichen Parteien geschlossen gegenüber. Letztere haben bisher das freie Spiel kapitalistischer Kräfte gefördert, jede Zwangs- und Gemeinwirtschaft bekämpft und ernsthafte proletarische Forderungen stets abgelehnt. Deshalb kann es mit dieser Klasse keine Harmonie und Koalition geben.

Ihre Lebensinteressen legen der Arbeiterklasse die zwingende Verpflichtung auf, den Bruderkrieg zurückzubringen und in gemeinsamer Arbeit, planmäßigem Vorgehen und einheitlichem Kampf eine proletarische Einheitsfront zu bilden, die zu einer Einigung der politischen Arbeiterparteien führen muß, um dem proletarischen Kampf den Erfolg zu sichern.

Für die Arbeiterklasse, deren zunehmende Verelendung immer stärker in die Erscheinung tritt, reichte angesichts des zunehmenden Zerfalls der Welt die bisherige Form der Lohnabkommen nicht aus. Die tariflichen Abmachungen müssen wertbeständige Löhne enthalten, die neben einer Sicherung der Existenzbedingungen eine Besserung des in den verflochtenen Jahren gesunkenen Reallohns erstreben.

Drohender Streik in den Markthallenbetrieben.

Die Arbeitnehmer in den Großhandelsbetrieben der Obst- und Gemüsegruppe in der Zentralmarkthalle führen seit Jahren einen erbitterten Kampf mit den Unternehmern im Obst- und Gemüsehandel. Der Tarifvertrag war am 31. März abgelaufen und nun weigern sich die Unternehmer, einen neuen Tarifvertrag mit der Organisation abzuschließen.

Trotzdem im Fruchtgroßhandel zurzeit Riesensummen verdient werden, zählt man den Arbeitern noch Löhne von 80 000, 90 000 und 100 000 M. pro Woche. Eine geregelte Arbeitszeit existiert in diesen Betrieben überhaupt nicht. Mit solchen Löhnen ist die Existenzmöglichkeit nicht mehr gegeben.

Die Arbeitnehmer lehnen es aber auch ab, ihre Existenz durch unläutere Manipulationen zu fristen, sondern sie wollen ehrliche Menschen bleiben und ihre Arbeitskraft, die sie dem Unternehmer zur Verfügung stellen, ihrer Tätigkeit entsprechend bezahlt haben. Geschickt das nicht, muß ein angemessener Lohn erkämpft werden.

Deutscher Verlehrsband Sektion I.

Der strenge Nationalist.

Durch Zeitungsinserat wurde kürzlich eine Stelle als Lagerarbeiter angeboten. Darauf erfolgte u. a. folgende Bemerkung durch Postkarte:

„Möchte mich gerne um die Arbeit bewerben oder sonstige Beschäftigung, bin Ehrlich und fleißig, streng Nationalist. Bin bis jetzt selbständig gewesen als Verkäufer und möchte den Beruf aufgeben. Alter 37 Jahre gesund und kräftig. Lohnansprüche wäre ich schon mit 75 Proz. vom Tarif zufrieden. So bitte ich doch um gütige Rücksicht zu nehmen.“

Namen und Adresse lassen wir im Interesse des kräftigen Mannes fort. Nachdem er wahrscheinlich in seinem Berufe die Preise gedrückt und damit seinen Erfolg hatte, versucht er es jetzt als Lohnbrüder und bietet Fleißigkeit an, wo etwas Intelligenz verlangt wurde. Er kann allerdings nicht mehr geben als er hat und das hat er kaum. Begegnet er uns aber noch einmal als elender Lohnbrüder, so müssen wir diesen strengen Nationalisten an den Pranger stellen.

Der Umfang der Wanderungen.

Die Internationale Arbeitskonferenz von 1922 empfahl den Mitgliedstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation, zur Erfüllung der Vorbereitungen eines gründlichen Studiums der Wanderungsfragen, dem Internationalen Arbeitsamt statistische Angaben über Ein- und Auswanderung zu liefern. Die Nachweisungen, welche dieses Amt bisher erhielt, lassen erkennen, daß die überseeische Wanderung, welche die bedeutendsten Probleme der Wanderung in sich schließt, seit 1913 sehr stark zurückgegangen ist. Wenn nahezu alle wichtigen Auswanderungsländer der Welt zusammengelassen werden, so ergibt sich eine Abnahme von insgesamt 2 247 000 Personen im Jahre 1913 auf insgesamt 945 000 in 1920 und 793 000 in 1921. Die Zahl für 1920 kommt bloß zwei Fünfteln, und die für 1921 sogar nur einem Drittel jener des Jahres 1913 gleich. Es erhebt sich die Frage, ob diese starke Verminderung der Ueberseewanderungen durch eine entsprechende Zunahme der Binnenwanderungen aufgewogen wird. Die verfügbaren Zahlen zeigen aber, daß die Binnenwanderung nicht an Umfang gewonnen hat, um den Rückgang der Ueberseewanderung auszugleichen, sie weist vielmehr ebenfalls eine Abnahme auf; ihr Umfang beläuft sich auf etwa zwei Fünftel derjenigen der Vorkriegszeit. Wenn man die Reparation außer acht läßt, so läßt sich aus dem vorhandenen Zahlenmaterial eine Verminderung des Gesamtumfangs der Wanderung um etwa 69 Proz. berechnen.

Der Arbeitnehmerverband des Eisergewerbes, Zweigverein Berlin, Engelauer 24 (Zimmer 20) hat für seine Mitglieder ein neues Lohnabkommen getroffen, das ab 22. Juni gilt und unbekannt ist.

Achtung, Modellistler! Hiermit zur Kenntnisnahme, daß die Sperre, die über die Firma P. a. e., Spandau, Wäckerstr. 25, verhängt worden war, als aufgehoben gilt, da die Differenzen erledigt sind. Deutscher Holzarbeiterverband, Verwaltungsstelle Berlin.

Achtung, Bananschlager! Laut Vereinbarung vom 20. Juni zwischen dem Schupverband Berliner Schlossereien und dem Deutschen Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin, sind folgende Löhne festgesetzt worden: Vom 18.—24. Juni beträgt der Stundenlohn 6000 M. Bei Akkordarbeit das 8100fache des Tarifs vom Jahre 1912.

Beschäftigung. Die Gewerkschaftsnotiz in der gestrigen Abendausgabe über eine Versammlung der Holzarbeiter ist durch ein technisches Versehen entfallen. Der Schlußsatz des zweiten Satzes muß heißen: „Für Kollegen wurden nach dem Friedrichshain zu einer Versammlung der Metallarbeiter und eine gleiche Anzahl nach dem Lehrerbereinshaus zu den Gemeinde- und Staatsarbeitern entsandt, um die Wünsche der Berliner Holzarbeiter betreffend einheitliches Handeln zu überbringen.“

Berner muß es in der Notiz über die neuen Löhne im Osenberggewerbe betreffend den Akkordzuschlag heißen: „700 000 bzw. 900 000 Proz. Zuschlag, was, wie wir zum näheren Verständnis bemerken wollen, das 7900fache bzw. 9000fache des Zuschlages von 1914 bedeutet.“

Jugendveranstaltungen.

Heute, Freitag, den 22. Juni:

Mitteilungen. Jugendheim Schule Kriftstraße, Vortrag: „Unsere Gegner“. — Ostfries. Jugendheim Chausseestraße 46 II, Diskussionsabend. — Wandlberg. Jugendheim Hofstr. Hauptstraße, Vortrag: „Reidung“. — Charlottenburg. Jugendheim Köpenickerstr. 4, Vortrag: „Arbeiterbewegung III“. — Köpenick. Jugendheim Grünauer Str. 5, Diskussionsabend. — Teltow/Heb. Jugendheim Stadtkirchstr. 36, Vortrag: „Gemeinnutzen“. — Rosbitz. Jugendheim Soldatenstraße 2, Vortrag: „Herbstand Freilicht“. — Arnst. Jugendheim Rappstr. 2, Vortrag: „Kilfen und Alkohol“. — Riebecksdorfer. Jugendheim Wittenburger Str. 69-70, Vortrag. — Steglitz II. Jugendheim Jollesstraße 3, Diskussionsabend. — Gärten. Jugendheim Bäckerstr. 64 bis 66, Diskussionsabend. — Schö. Riederer Viertel. Jugendheim heute nicht in der Kantschestr. (sondern in der Reichenberger Straße 12-13). — Weihenstedt. Jugendheim Weihenstraße, Schule, Vortrag.

Heute abend im Jugendheim, Ostf. 66, Lindenstraße 3, Kaffeehaus zum Sonnenabend (Kaff. 1500 M.).

Verantwortlich für Politik und Wirtschaft: Viktor Schiff, Berlin; Gewerkschaftsbewegung: A. Berliner, Berlin; Neuheiten: S. G. Töcher, Berlin; Hilmerstr. 1; Gefales und Conliges: Art. Rappstr., Berlin; Hilmerstr. 1; Angelegen: 23. Weide, Berlin. Verlag: Fortwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortwärts-Verlag und Verlagshaus Paul Singer u. Co., Berlin Ostf. 66, Lindenstraße 3. Streich 1. Verlag.

Laciferrin

flüssig und in Tabletten

Nervenstärkend-blutbildend

Nervösen, Erschöpften

bringt das nervenstärkende, blutbildende Laciferrin wieder Kraft und Lebensfrische. Schon eine vier- bis sechswöchentliche Kur zeitigt nach ärztlichen Feststellungen sichtbare Erfolge. Laciferrin ist an den heutigen Preisen der Lebensmittel gemessen, billig und eignet sich daher auch als tägliches Kräftigungsmittel, ebenso zur Unterstützung der Kinder- und Wöchnerinnen-Ernährung.

thos 0,1%, Lactin 0,5%, Inosin 1% Zusatzstoffe.

Calenus Chemische Industrie Frankfurt am Main

Der Berliner Haushaltplan.

Zweite Lesung in der Stadtverordnetenversammlung.

Die Stadtverordneten begannen gestern die zweite Lesung des Haushaltsplans für 1923 und förderten sie ein tüchtiges Stück. Zu längeren Auseinandersetzungen führte das Gesundheitswesen, bei dem die Rechte allerlei Wünsche hat. Gegen einen im Ausschuss angenommenen Antrag, der unter anderem eine weitgehende Personalfürsorge und die Teilung des Lichtstundentages fordert, wandte sich Genosse Dr. Wegl. Bei sämtlichen gestrigen erledigten Kapiteln wurde die Beschlussfassung vorbehalten.

In der Einzelberatung des Haushaltsplans für 1923 gab es noch einen Nachhall zu der vor acht Tagen stattgefundenen Aussprache über die Straßenbahnerentlassungen. Stadtrat Koblentz nahm Veranlassung, den Delegierten des Lokalfamts Dr. Bollbrecht gegen verdächtige Angriffe des Stadtverordneten Koch (D. Sp.) namens des Magistrats auf das Nachdrückliche in Schutz zu nehmen und gleichzeitig Verwahrung einzulegen gegen von demselben Herrn Koch versuchte Beeinflussungen von Magistratsangestellten, die den Weisungen Bollbrechts pflichtmäßig nachgekommen waren. Herr Koch suchte sich, so gut es ging, aus der Affaire zu ziehen. — Sodann wies Gen. Reimann die vom Sdo. Schwarz (D. Sp.) bei der Verhandlung des gleichen Gegenstandes gegen die Sozialdemokraten erhobene Beschuldigung, sie hätten ihn durch Annahme des Schlussantrages unmöglich gemacht, die Ausführungen von Koch zu ergänzen, als heillos zurück. Dem Verlangen der Kommunisten, eine sachliche Debatte über Koblentzers Erklärung zuzulassen, widersetzte sich der Vorsteher Dr. Caspari.

Jugendamt und Wohlfahrtsamt.

Die Haushaltsberatung begann mit dem Haushalt für das generelle Jugendamt und die Jugendwohlfahrtspflege. Gen. Kiediger referierte über die Verhandlungen des Haushaltsausschusses. Die Darlegungen des Dr. Rosenberg (Kom.) über die Organisation der Jugendwohlfahrtspflege und des Jugendamts und ihre Reformbedürftigkeit fanden nur geteilte Aufmerksamkeit, was die Kommunisten zu wiederholten lärmenden Protesten veranlasste.

Ohne weitere Aussprache wurden die beiden Kapitel erledigt. Hierauf kam ein Dringlichkeitsantrag der Kommunisten zur Beratung, der angesichts der bestehenden und teilweise bereits eingetretenen Lebensnot die Beschaffung von Lebensmittelpoeten, die unentgeltliche Versorgung der Unbemittelten, Sozialrentner usw. neben einer Reihe weiterer Maßregeln verlangt. Widerspruch wurde nicht erhoben, die Verhandlung aber auf das Ende der Sitzung verschoben. — Ueber das Zentrale Wohlfahrtsamt, Arbeitshaus, Obdach, Blinden- und Taubstummenpflege, Siedlungswesen, Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene, Erholungsheime, Krüppelfürsorge usw. berichtete Gen. Reimann. Frau Dr. Waggodjinski (Soz.) sprach ihre Befriedigung darüber aus, daß vom Reichstag das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten nunmehr verabschiedet sei und daß damit auch die Station für geschlechtskrankte Weiber aus dem Obdach endlich verschwinden werde.

Die vorgenannten Kapitel wurden bewilligt, ebenso ohne Aussprache die Kapitel „Öffentliche Beleuchtung, Straßenreinigung, Beseitigung und Abfuhrwesen, Bedürfnisanstalten, Park- und Gartenverwaltung, Gemeindefriedhöfe, Krematorien, Begräbniswesen“.

Ueber das „Gesundheitswesen“

erstattete Dr. Kirchner (Dnat.) ein sehr ausführliches, für die Presseförmlich aber aus dem schwachen Organ des Vortragenden fast gänzlich verloren gehendes Referat. U. a. verweilte er bei dem Eintrage der Sozialdemokraten, die zweite Klasse in den Krankenhäusern abzuschaffen. Der Ausschuss hat dementsprechend beschlossen, den Antrag abzulehnen und den Magistrat zu ersuchen, sie so, wo sie noch besteht, weiter bestehen zu lassen. Nach den weiteren Ausschussvor schlägen sollen die Personalkosten für das Kranken- und

Irrenwesen nur in dem Umfang bewilligt werden, daß das gesamte Personal zur Zahl der Betten jeweils mindestens in dem Verhältnis stehe bei den Krankenhäusern von 1:2,5, bei den Leichtkrankenhäusern und Hospitälern von 1:8, bei den Irrenanstalten von 1:4, zur Ermöglichung dieser Personalsparierung soll der geteilte Lichtstundentag durchgeführt werden; bis zum 1. Oktober soll der Magistrat der Versammlung über die Durchführung Bericht erstatten. — Die Annahme dieser Beschlüsse ist im Ausschuss mit 13 gegen 11 Stimmen erfolgt. — Der Direktor im Hauptgesundheitsamt Prof. Hoffmann stellte in Vertretung des Stadtmedizinalrats fest, daß die Durchführung des Verlangens des Ausschusses die Verwaltung zwinde, nicht weniger als 47 Proz. des Gesamtpersonals an Ärzten, Schwestern und Pflegern zu entlassen. Das sei für die Krankenhausverwaltung unerträglich. — Gen. Dr. Wegl: Die bürgerliche Ausschussmehrheit hat nach dem Rezept gehandelt: Für die Krankenhäuser und für die Kranken das Schlechteste gerade gut genug. Der Ausschussantrag ist ein ungeheuerliches Attenal auf die Volksgesundheit.

Unter dem Vorwande, Sparbarkeit zu üben, will man eine der wenigen noch übrig gebliebenen Errungenschaften der Revolution, den verhassten Lichtstundentag beseitigen — denn der „geteilte“ Lichtstundentag ist kein Lichtstundentag. Ganz unsozial wäre auch die Ablehnung einer Veranschlagung für die Krankenkassen gegenüber den Selbstkosten der Stadt. Zur Zeit beträgt der von ihnen zu zahlende Satz 1/3 der Selbstkosten; fortan soll er 1/2 betragen. Die gemeinnützigen Krankenanstalten kommen sehr mit der schämen Forderung, die Stadt wolle von den Krankenkassen den vollen Selbstkostenanteil übernehmen; fortan soll er 1/2 betragen. Die Beibehaltung der 2. Klasse, den allereinstimmigsten Widerstand entgegenzusetzen. Ebenso lagen wir gegenüber der Forderung, für die Seelsorge in den Krankenhäusern einen Betrag in den Haushalt einzufügen: principis obsta! Wehre den Anfängen! Wir sind mit dem derzeitigen Stande des Groß-Berliner Medizinnotwendens im ganzen zufrieden; es muß auf seinem heutigen Stande mindestens erhalten werden. — Für die Ausschussanträge speziell für den geteilten Lichtstundentag, lehnte sich zunächst Frau Dr. Wagner (D. Sp.) unter starkem Widerpruch von kommunistischer Seite an. Rintorf (Komm.) nahm sich besonders der Krankenkassen an. Von den Bürgerlichen wurde ein Antrag eingebracht, im Wortlaut des Ausschussantrages statt „jeweils mindestens in dem Verhältnis stehe“ zu sagen „jeweils tauglich“ usw. — Als obgeleiteter Gelehrter der Ansprüche der Krankenkassen bemühte sich wieder der Sdo. Arzt Dr. Falkenberg (D. Sp.)

Ein weiterer Dringlichkeitsantrag aller Parteien, den Magistrat zu ermächtigen, den Blinden eine einmalige Unterstützung zur Beschaffung von Kleidung, Schuhwerk usw. zu gewähren, gelangt einstimmig zur Annahme. — Ueber das Kapitel „Arbeit und Gewerbe“ (Landesamt für Arbeitsermittlung, Facharbeitsnachweis, Zentrale der Erwerbslosenfürsorge, Landesamt für Arbeitsbeschaffung, Landesberufsausschuss) berichtete Gen. Hah — Streiter (D. Sp.) suchte nachzuweisen, daß der von dem ADGB abgeforderte Rotarbeitsvertrag eine Spitze gegen die „Technische Rothhilfe“ enthalte. Behrere hätte bei der Stipulation des Vertrages zugezogen werden müssen; es sei unverständlich, wie der Magistrat seine Zustimmung habe geben können. Was geschehe, wenn es sich um gewerkschaftlich nicht sanktionierte Streiks handele? — Die weitere Erörterung dieses Gegenstandes beschloß die Versammlung bis zur Beratung eines Antrages der Dnat., die die gleiche Materie betrifft. Zum Haushalt der

Werke mit kaufmännischer Buchführung

(Gas-, Elektrizitäts-, Wasserwerke, Güter, Fuhrpark, Zentrale Buch, Ziegerei Gransee, Müllbeseitigung), der Kanalisationswerke und der Fortverwaltung bemängelte Dörr (Komm.) die in die Milliarden gehenden „Müllagen“, mit denen man operiere, um die Bevölkerung über die übermäßige Höhe der Tarife hinwegzutäuschen. Bei den Gewerken seien die Einnahmen für die Nebenprodukte viel zu niedrig angesetzt.

Die Haushaltsberatung wurde an dieser Stelle abgebrochen. Die sämtlichen Abstimmungen zum Stadthaushalt erfolgen erst später. — Die Versammlung erledigte dann noch eine Reihe von kleineren Vorlagen. — Schluß 10 1/2 Uhr.

Der Wiederbeschaffungswert.

Ein Angestellter eines bedeutenden Berliner Luxuswarengeschäfts schreibt uns:

Die gegenwärtige katastrophale Marktentwertung bringt es mit sich, daß zurzeit in sämtlichen Detailgeschäften nach dem Grundsatz der „Wiederbeschaffung“ lieberhaft gearbeitet, das heißt hochgezeichnet wird. Chefs, Angestellte und gerecht urteilendes Käuferpublikum sind sich in der Erkenntnis einig, daß eine derartige Höherbewertung notwendig ist, wenn die „Substanz“, das heißt das Warenlager, auf alter Höhe gehalten werden soll. Voraussetzung für diese gerechte Beurteilung der erwähnten Maßnahme ist natürlich, daß die Umzeichnung sich den tatsächlichen Verhältnissen anpaßt und sich nicht in der Ansetzung übermäßiger und wucherlicher Phantasieaufschläge ausblet.

Machen sich die Herren Chefs aber wohl einmal klar, was in der Seele eines Angestellten vorgeht, der unter voller, oft übermäßiger Einsetzung seiner Arbeitskraft alles tut, um seine Chefs in der Durchführung der betreffenden Maßnahme zu unterstützen? Der arbeitende Angestellte, der seinem Prinzipal beim Herauszeichnen mit jedem Federstrich oft Niesenwerie rettet bzw. verdient, denkt unwillkürlich an seine persönliche sorgenvolle Existenz. Er zieht unwillkürlich Vergleiche und denkt wehmütig an seine eigene einzige „Substanz“, die er zu verkaufen hat — seine Arbeitskraft. Wird ihm wohl ein einziges Mal in gleicher Weise die Möglichkeit geboten, seine „Substanz“ zum Wiederbeschaffungswert umzuzeichnen, wie sein Prinzipal das als selbstverständlich verlangt? Der Angestellte bezieht sein Gehalt monatlich postnumerando, er muß also mit dem, was er für den bereits verfloßenen Monat verdient hat, im neuen Monat haushalten, er muß verkaufen, seine Substanz mit Hilfsmitteln zu ersetzen, die hierzu normalerweise nicht mehr ausreichen. Der Tarif, sein einziger Anhalt, regelt ja nur die Bewertung der bereits hingeegebenen Arbeitsleistung, und zwar unter Berücksichtigung verfloßener Wirtschaftsverhältnisse. Das Moment der Wiederbeschaffung kommt also gar nicht zur Berücksichtigung, obgleich doch gerade Arbeitskraft als kostbarstes Gut außerordentlich vielseitige und komplizierte Voraussetzungen erfordert, um als „Substanz“ erhalten zu werden. Vergleichen wir nun also auf Seiten des Geschäftsinhabers die fast läudliche Erhaltung der Substanz, alias Ware — die in der Praxis einem Verdienen nach Goldparität gleichkommt —, auf der anderen Seite steht die unbedingte und mathematisch sichere Opferung der Arbeitskraft als Substanz. Eine erschütternde Tragik liegt in dieser Gegenüberstellung! Die Folgen, die auf Seiten des hilflosen Angestellten über die Stationen „Verarmung“, „Resignation“, „Demoralisierung“ zu schließlich erbitterter Gegnerschaft gegenüber dem Arbeitgeber führen können, treten ganz automatisch und schrittweise ein. Die Zuspitzung dieser Gegenüberstellung hat mit politischer oder partieller Beeinflussung gar nichts zu tun. Wie kann aber ein Wirtschaftsführer, in dem ein so scharfsinniger Fremdkörper liegt, in dem aber alles auf ein verständnisvolles Aufeinanderzugehen eingestellt sein sollte, gesunden?

Der von der einen Seite immer wiederholte Ruf nach Erhöhung der Arbeitsleistung kann niemals dann auf Verständnis stoßen, wenn die Möglichkeiten der Wiederbeschaffung der Arbeitskraft gleichzeitig verweigert werden. Und wech unendliche Nahrung wird durch diese Verschiedenart der Anschauungen und Handlungen der ausländischen Meinung zugeführt, die immer wieder betont, daß der Kapitalismus in Deutschland auf Kosten der Mittelklassen mehr wie je Triumphe feiert, ohne selbst Opfer zu bringen.

Billiger Ferienaufenthalt im Arbeiterjugend-Landheim am Duenjsee bei Brandenburg a. d. Havel bietet sich für Knaben im letzten Schuljahr. Näheres im Jugendsekretariat SW. 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Treppen, Zimmer 11, von 9—4 Uhr.

Befreiung vom Sichtvermerk. In Zukunft sind diejenigen Personen, und zwar sowohl Reichsangehörige als Ausländer, vom Sichtvermerkswange befreit, die im Reichsgebiete ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt haben.

Als die Wasser fielen.

Von Otto Rung.

Keiner sprach. Maud Martens schlug den leuchtenden Seidenschal dichter um sich, ihre Augenlider senkten sich müde. Sie sah auf einmal älter, schärfer und trauriger aus.

Gude schenkte stumm ein. Aber nicht einmal seine Schwester begegnete jetzt seinen Augen. Selbst Andreas Pauli sah zur Seite und zündete sich, wie um die Pause zu unterstreichen, eine Zigarre an; sie flammte auf, seine Zähne glühten wie ein Ofenrost. Es war so still, daß sie den Wind in der Takelung der Bark laufen und weit in der Ferne das Räten der Straßenbahnen hören konnten.

Die Woche darauf sah Gude spät am Tage die Bewohnerin des Achterschiffes. Sie stand mittschiffs am Rande der Plattform über der Hütte und sah in den Anholmer Kanal hinein. Sie trug einen weißen Kittel, der halb über der weinroten Bluse geöffnet war. Als sie ihn sah, ging sie gleich nach hinten und kam nicht wieder.

Am nächsten Tage sah er sie zur selben Zeit ganz ebenso wieder, wie sie von der Kuff in die Stadt spähte. Auch jetzt trug sie ihren weißen Kittel. Sie blieb diesmal länger stehen, und er sah sie deutlicher als zuvor. Das Gesicht war bleich, über dem feinen Doal lag das Haar dunkel und reich. Er sah jetzt, wie klein sie war, zierlich und doch von einer gewissen Kraft, Brust und Hüften waren nicht ohne Fülle. Aber die Haltung war nachlässig und der Ausdruck nervös angepannt. Kurz darauf ging sie zögernd fort. Er dachte, daß er sie verschucht hätte, und fühlte sich schuld beladen.

Wie sie dort ins Land hinein spähte, lag über ihr etwas hilflos Einfames und Trauriges, das auch ihn verstimmt.

Bei der Untersuchung der Dänischen Werft war er jetzt ungefähr auf dem Grunde angelangt. Es war ein tiefer Morast, aber fester Boden ließ sich wohl finden. Das mächtige Material wies nicht wenige Lücken auf. Die oft äußerst vage bezeichneten Posten der Bilanz gaben immer wieder neue Rätsel auf. Aber immer mehr sammelte sein Interesse sich um Andreas Pauli selbst. Diese Bilanzen waren Schanzen, die er sich errichtet hatte. Viel ein Fort in seiner Front, so war längst eine neue Stellung dahinter vorbereitet. Stets bekam er nur Andreas Paulis offenerherzig lächelnde Zahnreihe und die zweifach vergrößerte Treuerichtigkeit hinter den freisunden Augengläsern zu sehen.

Aber ein Planterausfall von seiner Basis hatte schon

seine Latit offenbart. Oder war es vielleicht Maud Martens, die für ihren Besuch an Bord quitierte?

Ein fahrendes Blatt hatte Gudes Porträt gebracht. Es war eines Tages als Momentaufnahme auf seinem Wege von der Bank aufgenommen und zeigte ihn mit der dokumenten-gefüllten, schwellenden Mappe und mit einer Miene von wenig fleidamer Zerstreutheit. Unter dem Bild stand eine Notiz und als Uberschrift sein Name: Der Mann der neuen Aera! Der leichtfüßige, in seinem ganzen Schwung feminine Artikel bezeichnete ihn als den befahrenen Steuermann, der nach weiten Fahrten heimgekehrt war und nun das Kommando übernahm — und gleichzeitig — gewissermaßen symbolisch — sein Heim auf einem alten Kahn aufschlug, der am Bollwerk im Hafen lag — wo, sollte nicht verrotten werden! — da nicht nur Rerur sich an Bord befand, sondern dem Gerüche nach auch Venus als gern gesehener und sicher äußerst charmanter Gast ihre Lustabgabe an Bord hatte!

Gude schloß, daß demnach Maud Martens, wahrscheinlich von Andreas Pauli beraten, den Artikel verurteilt hatte. Bezeichnenderweise sah Frau Martens der Freundin als möglicher Rivalin doch nicht die genaue Adresse ausgeliefert zu haben. Das war soweit gut. Aber an den diskret beobachtenden, sogar bis und da ein wenig kühl ironischen Blicken in der Bank und bei Sitzungen erkannte er, daß man den Artikel gelesen und erörtert, möglicherweise auch so verstanden hatte, wie man ihn offenbar verstehen sollte.

Er sah zum drittenmal das junge Mädchen auf demselben Plage über der Hütte wie früher. Es war früher am Tage. Sie trug nicht ihren weißen Kittel, sondern einen langen grauen Mantel, der lose über ihren Schultern hing. Sie strakte, diesmal in offensichtlich Erwartung, nach Rhavn hinüber. Der Blick war leister, bewußter. Um die zusammengebissenen Lippen lag ein düsterer, pathetischer Zug.

Auf einmal verstand er, wenn ihr Warten galt. In ihrem Anblick stand der stumme Verdruß eines allein gelassenen Weibes. Aber die Forderung in ihren Augen war zugleich äußerst konträr.

Es übersahte Gude, daß Rüstad sich in den letzten Wochen nicht an Bord gezeigt hatte. War er in sein Rebellland, zu seinem halbberuhten Traumleben zurückgekehrt? Und war jetzt alle Erinnerung an dieses Schiff und an die, die von seiner Hand hier an Bord lebte, in jener Tiefe seines Gemüts verfunken, wohin kein unterseelischer Gedanke mehr reichte? Wo mochte er wohl sitzen und seine Rästel murmeln, oder Poker spielen, träumen und trinken?

Eines war gegeben: Drei Tage schon hatten die Glocken von den beiden Bongs nicht über den Kai geklungen.

Wahrscheinlich stand sie jetzt, betklommenen Herzens und ratlos, spähend und lauschend dort drüben, ob die Wanne des Tages nicht käme, wie sie einmal verheißt war!

Er ging nach vorn. Unmöglich konnte er sie ausfragen oder ihr seine Hilfe anbieten. Aber tatsächlich stand es so, daß sie direkt physischen Mangel litt. Unzweifelhaft war sie ganz ohne Mittel.

Entschlossen ging er an Land. Auf seine Anfrage erfuhr er, daß der kleine Bongswagen mit seinem Transport von Tagesgerichten für einen Monat bestellt und von einem ausländischen Herrn, der seinen Namen nicht aufgegeben hatte, für diese Zeit vorausbezahlt war; doch der Monat war abgelaufen und eine Erneuerung der Bestellung nicht erfolgt.

Gude erneuerte also die Bestellung. Auch er gab seinen Namen nicht an. Doch er verabredete, daß die Lieferung bis auf weiteres fortgesetzt werden sollte und bezahlte für längere Zeit.

Noch ein wenig unsicher, ob er das Recht gehabt hätte, einzugreifen, ging er an Bord zurück. Der Passagier des Achterschiffes befand sich immer noch auf seinem Ausguck. Doch eine halbe Stunde später erönten die Glocken des Bongsagens, und er hörte ihre Schuße rasch über das Deck laufen. Ja, wie hungrig mußte sie sein! Der schwarze und der weiße Küchenscheibe haben jeder eine silberne Schüssel auf die weiße Mähe. Der dunstende Dampf frischgebratenen Geflügels stieg ganz zu Gudes Deck herüber. Trotz seiner Sorge, was die Zukunft bringen würde, mußte er lächeln: Als der Geist der Lampe unsichtbar wurde, sprang der Geist des Ringes in die Presse!

Von Andreas Pauli erhielt er eine Einladung zum Mittagessen auf seinem Landsitz in Bedbeck. Pauli schrieb, daß er unter anderen den Aufsichtsrat der Dänischen Werft treffen würde, der sich herzlich danach sehnte, den Beirat von Ministerium und Werft kennen zu lernen. Auch der leitende Direktor der Bank der Dänischen Werft würde anwesend sein. Es kamen ausschließlich Herren, schloß der Brief, und dieser Satz war unterstrichen — unnötig dick nach Gudes Meinung, da die Einladung doch einem unverheirateten Manne galt. Vorläufig hatte er jedoch nichts mit dem Aufsichtsrat der Dänischen Werft zu verhandeln, und so sagte er mit ein paar höflichen Worten ab.

Er befand sich auf dem Heimwege durch Anhavn. Es war ein Sonntag zu Anfang Mai. Schon am Vormittage wurde es warm wie im Hochsommer, doch es war eine eigene erregende, frühlingsartige Hitze.

(Fortsetzung folgt.)

In der Stadthalle in Kassel wurde am Sonntag in Anwesenheit zahlreicher in- und ausländischer Persönlichkeiten der 13. Verbandstag des Deutschen Holzarbeiterverbandes, mit dem sich zugleich auch der Tag des 30-jährigen Bestehens feierte, eröffnet.

Den Bericht des Vorstandes erstattete dann Tarnow. Er verwies auf den gedruckt vorliegenden Bericht, dessen allgemeine Angaben durch Einzelheiten ergänzend. Eingehender beschäftigte sich der Redner mit der

Stellungnahme zur Arbeitsgemeinschaft.

Schon der letzte Verbandstag habe in Hamburg den Beschluß gefaßt, die Schaffung verfassungsrechtlicher und gesetzlich fundierter Organe zu fordern, durch welche die Arbeiterschaft an der Wirtschaftsführung verantwortlich teilnimmt. In diesem Beschluß war auch die Auflassung ausgesprochen, daß die Organisation der Arbeitsgemeinschaften zeitlich begrenzt sei und erlöschen müsse, wenn die Arbeiterschaft auf rechtlicher und gesetzlicher Grundlage zur Mitverantwortung berufen wird.

kommunistischen Zellenbildung

innerhalb der Gewerkschaften zu. Die SPD. will die deutschen Gewerkschaften für ihre politischen Zwecke anspannen. Wenn man nun sagen wollte, es handle sich hier um Meinungen und Anschauungen, die verschieden gewertet werden können, so gibt es aber doch Beweise, die mehr handgreiflicher Natur sind.

Kampf gegen die deutschen Gewerkschaftsorganisationen.

Der Verbandsvorstand ist gegenüber diesen Bestrebungen bisher immer sehr loyal verfahren, weil er nicht daran glaubt, daß dieser Keimzellenbewegung ein Erfolg beschieden sein wird. Wir dürfen uns aber unsere Arbeit nicht erschweren lassen durch Leute, die keinerlei Verantwortungsgefühl in sich tragen und nur den Zweck kennen, die Gewerkschaften zu einem Machtmittel einer politischen Bewegung zu degradieren.

Abwehr der kommunistischen Zerstörungsarbeit.

waren die Ansichten über die Arbeitsgemeinschaft sehr geteilt. Angenommen wurde eine Entschädigung, in der sich der Verbandstag erneut zur wirtschaftlichen Demokratie bekannte und in der weiter gefordert wird: An bezug auf die Arbeitsgemeinschaften macht sich der Verbandstag die in dem Beschluß des Ausschusses des ADGB vom November 1920 niedergelegte Auffassung zu eigen, wonach die Organisation der Arbeitsgemeinschaften zeitlich begrenzt ist und erlöschen wird, wenn andere verfassungsrechtliche und gesetzlich fundierte Organe geschaffen sind, in denen die Arbeiterschaft an der Leitung der Wirtschaft beteiligt ist.

Der Verbandstag erhebt mit Nachdruck die Forderung nach einer beschleunigten Schaffung solcher Organe, insbesondere der Bezirkswirtschaftsräte. Er hält jedoch heute schon die Möglichkeiten, gesetzliche Organe zu schaffen, für ausreichend, um die Organisation der freiwilligen Arbeitsgemeinschaften zu ermöglichen. Der Verbandstag fordert deshalb den ADGB, auf erneute zur Frage der Arbeitsgemeinschaften Stellung zu nehmen und keinen Austritt daraus zu beschließen.

Mit knapper Mehrheit wird dazu ein Ergänzungsantrag Stöber und Genossen angenommen, der den sofortigen Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft fordert. Mit großer Mehrheit findet die Resolution des Vorstandes gegen die Kommunisten Annahme. In ihr wird die Gründung von Sonderorganisationen, die den Zweck haben, die Gewerkschaften zu spalten und besondere kommunistische Gewerkschaftsverbände zu errichten, verurteilt und der Verbandsvorstand ermächtigt, jedes Mitglied aus dem Verband auszuschließen, das einer kommunistischen Nebenorganisation angehört.

In der Dienstag-Nachmittags-Sitzung entspann sich eine lebhafteste Debatte über die Frage, ob der Verbandsvorstand infolge der am Vormittag gefaßten Beschlüsse die Vertretungen in den amtlichen Wirtschaftsorganen, wie Reichswirtschaftsrat, Außenhandelsstellen und Beirat beim Reichsverkehrsministerium zurückzuziehen habe oder nicht. Der Verbandstag ergänzte jedoch durch Mehrheitsbeschluß

Die Niederlage der Severingstürzer.

Der Landtag saß gestern, Donnerstag, nachdem er für die Urbarmachung von staatlichen Mooren in Hannover und Schleswig-Holstein 24 Milliarden und für Beteiligungsarbeiten in Schleswig 1800 000 Mark bewilligt und auf Anregung unserer Genossen die Novellen zur Lehrer- und Beamtenbesoldung angenommen hatte, die Haushaltsbesprechung fort. Wie am Mittwoch Gen. Heilmann mit den Deutschnationalen, so rechnete nun

Genosse Limberg

mit den Kommunisten ab: Ueberall waren die Bergleute gegen den Streik; denn im Ruhrgebiet konnte unter den anormalen Verhältnissen ein Streik im gewöhnlichen Sinne gar nicht geführt werden. Es sind ja nicht die Unternehmer, die die Löhne zahlen. Aber überall haben kommunistische Garden, junge Schönsel und unläutere Elemente, die sich immer bei kommunistischen „Attionen“ einfinden, die Belegschaften so lange terrorisiert,

bis da und dort den Arbeitern die Galle überließ. Ueberall, wo die Arbeiter sich ebenfalls mit Knüppeln oder Beilen bewaffneten und ernste Miene machten, war der kommunistische Spul bald verschwunden. Ueberall, wo die kommunistischen Banden auf den Beinen sich eingefunden hatten, wurde geplündert und gestohlen, was nicht viel und nagelhart war. Da, das Lumpengesindel hat sich stellenweise nicht gescheut, das Leben der Bergleute in Gefahr zu bringen. Grubenrichtungen aller Art, Schachanlagen und dergl. wurden beschädigt oder zerstört, Millionen Schäden angerichtet. An den gefährlichsten Stellen (wie in Benzollagern) ließen die Plünderer mit brennenden Zigaretten herum. Auf den Zechen „Victoria“, „Germania“, „Preußen“ — überall das gleiche Bild. Unter Tügen wie: die Franzosen hätten das Wort befehlt, lockte man die Belegschaften heraus. Dabei trugen kommunistische Hundertkämpfer Waffen auf Grund französischer Waffenbesitze. Das

Teilemehel zwischen Kommunisten und Franzosen

ist zu verschiedenen Malen einwandsfrei festgestellt. Ihre Versammlungen fanden zum Teil unter dem Schutz der Franzosen statt. Der Respekt vor den französischen Offizieren führte bei den Kommunisten zu den komischsten Szenen, bis zum Hakenanzug, Anstehen und Strammstehen. Und diese Leute beschimpften dann die der Feuerwehr zu Hilfe geschickten organisierten Arbeiter als Faschisten. In Oberschlesien haben sich die Kommunisten mit den Hakenkreuzlern verbündet. Da wurden die Selbstschützer, Orgeleure mit dem Hakenkreuz, von den Kommunisten als Brüder begrüßt. Auf den kommunistischen Zwischenruf, die Sozialdemokraten stehen auf die Kommunisten (schien), antwortete schlagfertig Gen. Vamberg: Wenn Ihr wie in Bochum Miene macht, unsere Verhandlungshäuser zu besetzen und zu zerstören, dann sollt Ihr was erleben! Nicht rechtsradikale Sabotageakte und nicht kommunistischer Aufbruch, erklärte Gen. Limberg zum Schluß, sondern die planmäßige, zielbewusste Arbeit und Abwehr der organisierten Arbeiter allein können uns helfen. (Beifall.)

Nach dem Zentrumsabgeordneten v. Popen, der von den Deutschnationalen geforderten Untersuchungsausschuß zum schlesischen Landarbeiterstreik ablehnt, zieht der Demokrat Rudolf de Biliang der Aussprache. Der Vortrag der Debatte — betont er — liegt in dem Entschluß der Koalitionsparteien, die Regierung auch weiterhin zu unterstützen. Eines besonderen Vertrauensvotums bedarf es daher nicht. (Widerpruch rechts.) Die

Hehe gegen Severing ist abgetan

und die Koalition unterstreicht die grenzenlose Niederlage, die ihre Angreifer erlitten haben. (Zustimmung.) Auch der Abg. Drewitz (Wirtsch. Partei) hebt unter Zustimmung der Mehrheit hervor, daß die Art der deutschnationalen Angriffe auf Severing alles Dagegenüber übersteige. Der Minister habe sich in seiner Antwort als wirklicher und seiner Verantwortung sich bewußter Staatsmann erwiesen.

Noch einmal versuchte Abg. Baeder-Berlin (Dnat.) unter fürchterlichem Stimmensauswand nach der verlorenen Schlacht die eine oder andere Stellung zu retten. Den vom Gen. Heilmann verlesenen, von der Polizei stammenden Bericht über die deutschnationale mordlustige Verklammerung am Brenzlauer Berg bezeichnete Baeder unter Heiterkeit als Spießbericht. Dem Gen. Heilmann warf er, rasend vor Wut, mit übergeheimter Stimme vor, er habe mit seiner Rede nun selbst einen Pestkordon um sich gezogen. Worauf Heilmann später in persönlicher Bemerkung mit der Frage erwiderte: Wo sind Ihre Toten, Ihre Opfer?

In wohlthuendem Gegensatz zu Baeders Aufregung fand die Ruhe und Sicherheit, mit der

Innenminister Severing

eine Reihe neuer und alter Bemerkungen zurückwies. Es ist nicht richtig — betonte er —, daß das preussische Staatsministerium über die Vorgänge in Friedrichsfeld und Münster solche Berichte erhalten

keinen Beschluß dahin, daß der Vorstand alles zu tun habe, um die Vertretungen in den amtlichen Wirtschaftsstellen zu halten. Die Nachmittags-Sitzung wurde ausgefüllt durch die Behandlung der Lohn- und Vertragspolitik

des Verbandes. Referenten waren Schleicher und Dammer vom Verbandsvorstand. Der erste Referent führte folgendes aus: Im Jahre 1922 hat der Verband für 406 865 Personen die Lohnverhältnisse ohne Kampf neu regeln können. Die Erneuerung der Lohnabkommen mußte aber im Laufe des Jahres nicht nur einmal, sondern im Durchschnitt 12 bis 15 mal erfolgen. Dafür waren notwendig 6259 bezirks- und betriebliche Lohnabkommen. Auf den Tag umgerechnet ergibt das 17 tarifliche Lohnabschlüsse. In den Jahren 1921 und 1922 wurden insgesamt 195 Tarifverträge für 260 441 Beschäftigte abgeschlossen. In diesen Fällen mußte auch der Kampf entscheiden. Der Umfang unserer Bewegung bedeutet ein Stück sozialer Größe. Wenn es uns auch nicht gelungen ist, die Lebenshaltung der Arbeiterschaft zu heben, so ist unsere Arbeit doch dazu angehen gewesen, die weitere Verelendung hinauszuhalten. Im allgemeinen ist es uns in den letzten Monaten gelungen, den Reallohn, gemessen an den amtlichen Teuerungsziffern, zu halten. Die praktische Arbeit hat bewiesen, daß bei bezirkslichen Lohnabkommen ohne Schlichtungsinstanzen nicht auszukommen ist. Sehr oft mußten die staatlichen Schlichtungsstellen angerufen werden, die dann oft wegen nicht richtiger Beurteilung der Verhältnisse zu falschen Urteilen kamen. Die Frage der Schaffung verträglicher Lohnämter ist bis heute noch nicht geregelt. Die Gewerkschaften haben bereits viel zu weitgehend auf eine selbständige Lohnpolitik verzichtet und ihre Geschäfte in die Hände der staatlichen Organe gelegt. Die Lohnregelung ist heute nicht mehr wie früher eine Angelegenheit der beiderseitigen Organisationen, sondern besonders in den letzten Monaten hat sich die Reichsregierung durch öffentliche Erlasse und Anweisungen an die Schlichtungsbehörde in den Streit um die Lohnerhöhungen gemischt. Damit ist die Lohnfrage zu einer öffentlichen politischen Angelegenheit geworden. Das Eingreifen der Reichsregierung in manchen Fällen war ein öffentlicher Skandal. Auf der Suche nach neuen Wegen ist viel darüber geredet worden, Papiermark- oder Goldmarklöhne zu fordern. Wir können feststellen, daß die Papiermark heute nur noch für die Lohnzahlungen Geltung hat. Auf fast allen anderen Gebieten der Wirtschaft hat sich die Goldmark durchgesetzt. Das verpflichtet uns, mit aller Energie die Einführung einer

wertbeständigen Währung für den Arbeitslohn

zu fordern. Goldmarkpreise bedingten Goldmarklöhne. (Lebhafte Zustimmung.) Am Mittwoch morgen erörtert der zweite Referent, Dammer-Berlin (Hauptvorstand), vorwiegend die Lohnbewegung in den Branchen. Auch bei ihnen ist die Schaffung von Lohnämtern angestrebt worden. Die sechs Disziplinen des Reichsmittelvertrages

haben. Aus guten Gründen kann ich auf die Vorgänge in Friedrichsfeld und auf die folgenden Auswirkungen in Münster nicht eingehen. (Zurufe rechts: Warum nicht? — Abg. Kippel [Dnat.]: Standort! Entlastungsfrage links.) Wenn die deutschnationale Presse die Vorgänge in Münster einen Ausfluß der Willkür des preussischen Hofes von preussischen Kriminalbeamten ausgeführt, aber auf die Innenministerien nennt, so muß ich feststellen, daß die Recherchen wohl von preussischen Kriminalbeamten ausgeführt, aber auf die Aufforderung einer Reichsstelle zurückzuführen waren. (Lebhaftes Hört, hört! links.) Diese war besorgt, daß die dortigen Erscheinungen, wenn sie sich fortsetzten, den allernächsten Einfluß auf die Verhandlung gegen die Krupp-Direktoren haben würden. (Stürmisches Hört, hört! links.) Ich bitte dringend, auf Herrn Baeder einzuwirken, daß er nicht immer wieder an die Vorgänge in Münster erinnert, denn dieser Herr, der in Münster wieder zum Vorsitzenden des Reichsverbandes der deutschen Presse gewählt worden ist, hat keinen Aufschluß dazu benutz, um sich wieder unrichtige Informationen zu verschaffen, die dann auch die „Dtsch. Tagesztg.“ verwendet hat. (Hört, hört! links.) Beim

Landarbeiterstreik in Schlesien

sind Terrorakte zwar vorgekommen, aber was in der deutschnationalen Presse gestanden hat, ist hundertmal übertrieben. (Hört, hört! links.) Der Minister verliest einen Bericht eines nicht-sozialistischen Landrats, wonach der Selbstschutz in bewaffneten Trupps aufzog. Nur durch die Einwirkung des Landrats auf die Selbstschutzführer wurde Schwerserees verhütet. (Hört, hört! links.) Terrorakte werden verfolgt und der Staatsanwaltschaft zur Kenntnis gebracht, aber von einem Verlegen der Polizei kann keine Rede sein.

Ich habe mich nicht gegen Einzelheiten der „Bergisch-Märkischen Zeitung“, sondern gegen die Tendenz des Artikels „Mitschuldig an dem Tod Schlageters“ gewandt. Es blieb der

Radikalist Baeders

vorbehalten, das Berliner Polizeipräsidium für eine Zentralbehörde zu erklären. Schon vor langem hatte das Polizeipräsidium Breslau die Verhaftung Hauens teins verlangt. Dann hat das Berliner Polizeipräsidium ihn wegen zahlreicher Verdachtsmomente verfolgt. Es wäre deutsch und national, anzuerkennen, daß Ihre Anklagen, ich sei schuld an Hauens teins Verhaftung, falsch sind. Statt dessen verteidigen Sie mich weiter! (Unruhe rechts; lebhaftes Zustimmung links.) Herr Hergot hat offensichtlich der Regierung Kampf bis aufs Messer angelegt. (Glauben Sie da, daß ich da immer stillhalten muß, um mich von Ihnen prügeln zu lassen? Nein, auf einen Schein anderthalb! (Lebhaftes Beifall links.)

Damit schließt die allgemeine Aussprache.

In der Einzelberatung wird der Zentrumsantrag, dem Staatsrat einen eigenen Haushalt zu geben, in der von unseren Genossen beantragten namentlichen Abstimmung mit 137 gegen 126 Stimmen bei 9 Enthaltungen angenommen. — Abgelehnt wird der deutschnationale Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zum schlesischen Landarbeiterstreik. — Das Haus nimmt dann zum Haushalt der Forstverwaltung Anträge an auf irrtümlichen Verkauf von Brennholz zu erträglichen Preisen an Winderbemittelte, Kleinrenter usw. sowie auf Gewährung von Waldweide gegen Bezahlung für Staatsforstbeamte, Waldarbeiter und kleine Viehhalter. Beim

Haushalt der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung

weist Genosse Limberg darauf hin, daß trotz Not, Hungers und der schwierigen politischen Lage eine Reihe Bergunternehmer wenig soziales Verständnis bekunden. Sie versuchen immer wieder die Lohnverhandlungen zu verschleppen, obwohl rasche Anpassung der Löhne an die Geldentwertung das Gebot der Stunde ist.

Handelsminister Genosse Siering

führt aus, es treffe nicht zu, daß nach Abfuhr der Kohlenhalben durch die Franzosen neue Kohlenhalben aufgeschüttet wurden. Es habe sogar der Plan bestanden, die vorhandenen Halbenkohlen an die Bevölkerung zum Hausbrand zu verteilen. Es sei nicht seine Schuld, wenn dieser Plan nicht rechtzeitig durchgeführt wurde. Rummere hätten die Franzosen auch die Kohlen beschlagnahmt. Natürlich dürften sich heute die Arbeitgeber in der Lohnfrage nicht kleinlich zeigen.

Abg. Dr. Pinkernell (D. Sp.) erklärt, die Arbeitgeber trügen der Notlage durchaus Rechnung.

Mit dem Berghaushalt wird eine Entschädigung angenommen, bei der Reichsregierung auf eine grundlegende Änderung des Kohlensteuergesetzes hinzuwirken.

Nach Annahme der Haushalte der Porzellanmanufaktur, der allgemeinen Finanzverwaltung und des Landtages verläßt sich das Haus zur weiteren Staatsberatung auf Freitag 10 Uhr.

bilbeten bei den reichszentrierten Verhandlungen, die für einige Branchen geführt wurden, ein empfindliches Hindernis.

In der Diskussionsrunde wurde vor allem der Wunsch laut, der ADGB solle sich mehr um die Lohn- und Vertragsfragen kümmern. Das rief den Vertreter des Bundesvorstandes, Brahmman, auf den Plan, der das Vertrauen zum ADGB, den man gegen alle Uebel der Zeit zu Hilfe rufe, als geradezu dringend bezeichnete. Die Führung von Lohnbewegungen sei in den Bundesorganisationen ausdrücklich den einzelnen Gewerkschaften vorbehalten. Auf wirtschaftspolitischen Gebieten, vor allem in der Erwerbslosen- und Kurzarbeiterfrage und bezüglich der produktiven Erwerbslosenunterstützung hat der Bund allerdings geleistet. In der Lohnfrage muß jetzt zunächst eine Basis gesucht werden, die den Friedenslöhnen gerecht wird. Für den daneben festzustehenden veränderlichen Teuerungszuschlag muß ein Schlüssel gesucht werden. Gold- oder Goldmarklöhne sind allein dazu nicht geeignet, auch der Index hat keine Ränge; brauchbarer sind die Großhandelspreise. Die Schung des Bundesausschusses, der die Vorschläge des Bundesvorstandes genehmigen muß, darf nicht überstürzt werden, damit die Mitglieder mit einer abgeklärten Meinung zu diesen wichtigen Beschlüssen Stellung nehmen. In der allernächsten Zeit wird der ADGB mit einem Programm an die Öffentlichkeit treten, das tief- und tiefst ist und für dessen Durchführung sich die Gewerkschaften energisch einsetzen müssen.

Sport.

Rennen zu Strausberg am Donnerstag, den 21. Juni.

- 1. Rennen. Eivilit (v. Herber) ging allein über die Bahn.
2. Rennen. 1. Blüher (Haber), 2. Schnadt II (Gorowski), 3. Probulor (v. Herber). Toto: 15: 10. 3. Rennen.
3. Rennen. 1. Catania (Dreihüg), 2. Goldammer (Walle), 3. Roma (Schmidt). Toto: 25: 10. Platz: 19, 41: 10. Ferner liefen: Sonnenstein, Brahmühle, Ehrentraut.
4. Rennen. 1. Diamant (Einfinger), 2. Glas'ische (Gendell), 3. Joggel (Bismarck). Toto: 21: 10. Platz: 12, 12: 10. Ferner liefen: Wärgen.
5. Rennen. 1. Koebies (Quade), 2. Jalcitale (Schmidt), 3. Morgenlunde (Schliffe). Toto: 50: 10. Platz: 17, 19, 32: 10. Ferner liefen: Krizan, Almetica, Milton, Quitta, Rata Rogana.
6. Rennen. 1. Orkan (Ebert), 2. Dagobert (Berthig), 3. Teiff (Schmar). Toto: 25: 10. Platz: 14, 10, 18: 10. Ferner liefen: Feklerlos, Brs. Buntz, Karr, Brandel.
7. Rennen. 1. Vandenbüsch (Einfinger), 2. Gezerri (Stolpe). Toto: 13: 10. 2. Rennen.
8. Rennen. Eivilit (v. Herber) ging allein über die Bahn.

Wetter bis Sonnabend mittag, fortwährend kühl und überwiegend bewölkt mit leichten Regenschauern bei ziemlich frischen westlichen Winden.

Table with food items and prices: Salat Kopf 290 M, Neue ital. Kartoffeln Pfund 2400 M, Kohlrabi Mandel 4400 M, Grüne Gurken Stück 4200 bis 4800 M, Schnittlauch Band 80 M, Radieschen Band 190 M, Zitronen Stück 250 M, Spinat Pfund 1700 M, Ital. Zwiebeln Pfund 3000 M

Table with food items and prices: Bratschollen Pfund 2600 M, Schellfische ohne Kopf 5000 M, Rotbarsch ohne Kopf 5000 M

Table with food items and prices: Kräuterkäse Stück 680 M, Frühstückskäse Stück 1100 M, Camembert Portionsstück 1400 M, Camembert Scheibchen 1600 u. 1900 M, Quadratkäse Pfund 4800 M

Table with food items and prices: Brikkäse Pfund 5400 M, Romatour ohne Stan'ol Pfund 5600 M, Limburgerkäse Pfund 6400 M, Stangenkäse Pfund 6800 M, Tilsiterkäse Pfund 9800 M

Frisches Hammelfleisch Pfd. 10⁰⁰ Kente u. Rücken Pfd. 11⁶⁰ Fettles Ochsenfleisch Kamm u. Brust Pfd. 11²⁰

Theater, Lichtspiele usw.

- List of theaters and performances: Opernhaus 7 1/2 Uhr, Cavalleria, Bajazzi, Schauspielhaus 7 Uhr, Käthe von Hehlhorn, Theater L. G., Königgrätzer Str., D. wunderl. Geschichte, Berliner Th. Madi, Deutsch. Opernhaus, Tannhäuser, Friedr.-Wilhelmst. Th., Die blonde Ratte, Groß. Volkoper, Die Fledermaus, Lustspielhaus, Die blaue Hawaii, Metropol-Theater, Neues Theat. a. Zoo, Der Liebküchler, Emilia Galotti, Renaissance-Theat., Süße Susi, Thalia-Theater, Die rote Katze, Th. a. Nollendorferpl., Die schöne Rivallin, Des Königs Nachbarin, Residenz-Th., Die Entlassung, Kleines Th., Das verlorene Amulett, Trianon-Th., Walzer, Komödie, Musik von L. E. H. A., Deut. Künstler-Th., Die Tugend-Prinzessin, Central-Theater, Die dumme Liebe, Casino-Theater, Die Schöner-Pose, Teiraten mußte!, Groß-Berlin', Gestirnte Fliederwochen, Berliner Prater, Die schöne Liselott, Reichshallen-Th., Berliner Säger, Ungeheuer

Zielka Friedr. 60 Ecke Leipziger Str. Varietät / Kabarett in Heitere Spiele u. Margaretensaal 4 1/2 u. 7 1/2 Uhr. Grobbleibardsäle

Tausende befreit von Bandwurm durch Reichels Bandwurmmittel. 30 Jähr. Erfolgs. 30. 9750, für Kinder 7500 (u. 9500). In Drogerien und Apotheken, auch bei Otto Reichel, Berlin 43, SO., Eichenbühlstr. 4.

Stein der Weisen Das Original aller Kugelpoliersteine. Ueberall erhältlich. KOPP & JOSEPH BERLIN W 50 Potsdamer Straße 122.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter Max Exner am 18. Juni gestorben ist.

Ortstrantentafel der Kempner zu Berlin. Bekanntmachung. Die 11. Satzungsänderung ist unter dem 18. Juni 1923 dem Oberverwaltungsamt genehmigt und tritt an diesem Tage in Kraft.

Gehobenanlauf, höchstehend, Dresdenstr. 120, Marienplatz 3700. Edelstein- u. Schmuckwaren. Feinste Edelsteine, Gold- u. Silberarbeiten.

Berliner Bockbrauerei Belle-Alliance-Ecke Pflanzstr. Jeden Dienstag, Freitag, Sonntag, Freitags, Sonntag, Erstklass. Kabarett Anfang 8 Uhr

Zigaretten Gumbly, Jostl, Jelan, Pruller, Falis, Plämann und vielen anderen Marken. Nilsensberg Nachf. Ordner Weg 83 (Andreasplatz)

200 000 Mark bar für Erfinder. Aufklar. anregend. Gratsbrochure d. F. Erdmann & Co., Bin., Königgrätzer Str. 71

Theodor Jablusch ist am 20. Juni gestorben. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. Juni, nachm. 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Beerdigungshofes in Marzahn aus statt.

Verkäufe. Kinderwagen, Klappstühle, Kinderhochstühle, neue und gebrauchte, verkauft Schwargmann, Rotbuhlenbaum 41.

Gelbes, weißes, gelbes, für Arbeit, für Haus, für den Sommer, für den Winter, für den Frühling, für den Herbst.

Linden-Restaurant in Verbindung mit Sonntag 'Extra'. In der Nähe des Linder 44, Friedrichstraße 41, Mitten im Zentrum. Umfassend gerühmte Küche! Spezialitäten, z. B. Kalbsnippel, m. Salat, m. Sauce, m. Kartoffeln, m. Salat, m. Sauce, m. Kartoffeln.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin W 54, Lindenstr. 83/84. Geschäftszeit von 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr. Telefon: Amt Norden 833 bis 836 und 692 bis 695.

Verkäufe. Kinderwagen, Klappstühle, Kinderhochstühle, neue und gebrauchte, verkauft Schwargmann, Rotbuhlenbaum 41.

Gelbes, weißes, gelbes, für Arbeit, für Haus, für den Sommer, für den Winter, für den Frühling, für den Herbst.

Sonntage eines Großstädtlers in der Natur. Von Kurt Grottelwitz. Mit einem Vorwort von Wilhelm Bölsche. Preis-Großzahl gebund. M. 1,- brosch. M. 0.50

Deutscher Holzarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Freitag, 22. Juni 1923, abds. 7 Uhr, in der Dreiererei Bögom, Drenzlauer Höhe 242: Kombinierte Generalversammlung aller Vertrauensmänner und Betriebsräte der dem Reichsverband zugehörigen Betriebe und Generalversammlungsdelegierte.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin W 54, Lindenstr. 83/84. Geschäftszeit von 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr. Telefon: Amt Norden 833 bis 836 und 692 bis 695.

Bekleidung. Seidene, wollene, für Arbeit, für Haus, für den Sommer, für den Winter, für den Frühling, für den Herbst.

Geschäftsankäufe. Röhren, für Arbeit, für Haus, für den Sommer, für den Winter, für den Frühling, für den Herbst.

Säcke-Ankauf. Große, kleine, für Arbeit, für Haus, für den Sommer, für den Winter, für den Frühling, für den Herbst.

Nordseebad. Bäderverwaltung. Prospekt durch die Bade-Verwaltung. Porto und 100 Mark für Führer einwenden.

Öffentliche Aufforderung. Diejenigen Arbeiter, deren Namen auf der Liste der Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes stehen, werden hiermit aufgefordert, sich an der Generalversammlung am 22. Juni 1923 zu beteiligen.

Möbel. Schränke, Tische, Stühle, für Arbeit, für Haus, für den Sommer, für den Winter, für den Frühling, für den Herbst.

Arbeitsmarkt. Stellenangebote, für Arbeit, für Haus, für den Sommer, für den Winter, für den Frühling, für den Herbst.

Admirals-Varieté. Bestes Programm. UFA-PALAST A. 800. Fridorions Box. U. T. KURPUNSTEND. Amerikanische Lustspiel-Woche.

Thalysia Paul Gorns. Berlin, Wilhelmstraße 37, Friedenau, Rheinstraße 34. Thalysia - Halbspiel hilft am besten bei Verdauungsbeschwerden der Säuglinge.

Metallbetten. Stahlmatt. Kinderbetten dir. an Priv. Kat. 30A frei. Eisenmöbellager. Suchl Thdr.

Garten:: Laube:: Balkon. Drahtgitter, fertige Bänke, wegen geplanter Rückreise nach Ausland konform billiger Käufern-Kaufauf. Rnoth, Ordner Weg 11.

Arbeitsmarkt. Stellenangebote, für Arbeit, für Haus, für den Sommer, für den Winter, für den Frühling, für den Herbst.

UFA-PALAST A. 800. Fridorions Box. U. T. KURPUNSTEND. Amerikanische Lustspiel-Woche. TAUMTEILPALAST. Nachbesuch in der Nordbahnbank - Komtesse Dobby. U. T. NOLLENDORFF. Erotik. MOZARTSAAL. Die Misse Interne. KAMMERLICHTER. Ansternprinzessin. U. T. FRIEDRICHSTE. Der Abetur. U. T. ALEXANDERPL. Verkehrende Flammen. U. T. WEINBERGSWEG. Armo Itha. U. T. SCHONBERG. Von 21-23. 4. 22. Die schwarze Rose von Crakan von 26-28. 6. 23. Alt-Heidelberg. U. T. HASENHEIDE. Dr. Mahuse IL Teil Interne.

Hühneraugen. beseitigt sicher das Radikalmittel. Lebewohl. Hornhaut an d. Fußsohle verschwindet durch Lebewohl-Ballen-Scheiben. In Droge. u. Apoth. Man verl. ausdrückt. 'Lebewohl'

Metallbetten. Stahlmatt. Kinderbetten dir. an Priv. Kat. 30A frei. Eisenmöbellager. Suchl Thdr.

Möbel. Schränke, Tische, Stühle, für Arbeit, für Haus, für den Sommer, für den Winter, für den Frühling, für den Herbst.

Arbeitsmarkt. Stellenangebote, für Arbeit, für Haus, für den Sommer, für den Winter, für den Frühling, für den Herbst.

Ungeheuer. Festigen im Preise sind alle Lebensmittel u. Bedarfsartikel. Kleine Anzeigen im Vorwärts sind immer noch billig!

Bettwäsche! * Leibwäsche! außerordentlich großer Detailverkauf zu staunend billigen Preisen: Deckbetten M. 54 000, Kissen 15 000, Laken 36 000, Damenhemden M. 18 500, Beinkleider 18 500, Prinzbrocke 41 000. Riesengroße Auswahl in Hemdentüchern, Linen, Inletts, Handtüchern, Tischtüchern, Glasentwässern. Ferner gelangt ein großer Posten Doppelgarituren in Linen, Damast, Dimity und gestickter Ware zum Verkauf, welche ganz besonders preiswert sind. Central-Bettwäsche-Fabrik G. m. b. H. Hauptgeschäft und Fabrik: Berlin C 2 Breite Str. 8-9, neben Hertzog. Filiale: Charlottenburg, Berliner Str. 99. Filiale: Friedenau, Rheinstr. 29.

Musikinstrumente. Klavier, Gitarre, für Arbeit, für Haus, für den Sommer, für den Winter, für den Frühling, für den Herbst.

Arbeitsmarkt. Stellenangebote, für Arbeit, für Haus, für den Sommer, für den Winter, für den Frühling, für den Herbst.

Kaufgesuche. Nähmaschinen, für Arbeit, für Haus, für den Sommer, für den Winter, für den Frühling, für den Herbst.

Arbeitsmarkt. Stellenangebote, für Arbeit, für Haus, für den Sommer, für den Winter, für den Frühling, für den Herbst.